



Ulrich Klinkenberg

# Wertewirtschaft

Gedanken zu einer vernünftigeren  
Marktwirtschaft







ClimatePartner<sup>o</sup>  
klimaneutral

Verlag | ID: 128-50040-1010-1082

Dieses Buch wurde klimaneutral hergestellt. CO<sub>2</sub>-Emissionen vermeiden, reduzieren, kompensieren – nach diesem Grundsatz handelt der oekom verlag. Unvermeidbare Emissionen kompensiert der Verlag durch Investitionen in ein Gold-Standard-Projekt. Mehr Informationen finden Sie unter: [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2016 oekom, München  
oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH  
Waltherstraße 29, 80337 München

Umschlagabbildung: © weyo – Fotolia.com

Druck: Bosch-Druck GmbH, Ergolding

Dieses Buch wurde auf 100%igem Recyclingpapier gedruckt.

Alle Rechte vorbehalten ISBN  
978-3-86581-798-3  
E-ISBN 978-3-96006-117-5



Ulrich Klinkenberg

# **Wertewirtschaft**

Gedanken zu einer vernünftigeren Marktwirtschaft



# INHALT

Verzeichnis der Abbildungen und Übersichten

Vorwort | 11

Thematische Hinführung | 13

Anliegen und Struktur der Untersuchung | 17

## **I. Kapitel: Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft | 21**

1 Zentrale Konstruktionsmerkmale der »sozialen« Marktwirtschaft | 21

1.1 Koordination über Selbstabstimmung | 21

1.1.1 Wirtschaftlichkeit – für wen? | 21

1.1.2 Informationsasymmetrien | 26

1.2 Gewinnerorientierung und Wettbewerb | 31

1.2.1 Unternehmenstypen | 31

1.2.2 Wettbewerbsstrategien | 36

1.3 Regulierung | 41

1.3.1 Verteilungsregulierung | 43

1.3.1.1 Einkommens- und Vermögensverteilung | 44

1.3.1.2 Eine Frage der Werte: Einzel- und Gemeinwohl | 48

1.3.1.3 Ungleichheit und Leistungsgerechtigkeit | 51

1.3.2 Verfahrensregulierung | 63

2 Neo- und Ordoliberalismus | 73

2.1 Neoliberalismus: Totale Marktgesellschaft | 75

2.1.1 Deregulierung | 77

2.1.2 Privatisierung | 80

2.1.3 Die Entmachtung der Gesellschaft | 86

2.2 Ordoliberalismus: Gesellschaft mit Markt | 92

2.2.1 Grundverständnis und Grundsätze einer Ordnungspolitik | 92

2.2.1.1 Konstituierende Prinzipien | 94

2.2.1.2 Regulierende Prinzipien | 100

2.2.2 Status quo: Die ... Marktwirtschaft | 104

2.2.3 Jenseits des Marktes: Andere als wirtschaftliche Werte | 112

3 Erste Gedanken zu einer Wertewirtschaft | 119

3.1 Wirkungen und Nebenwirkungen gewinnorientierten Wettbewerbs | 119

- 3.2 Ein Denkexperiment: Der gute Monopolist | 127
- 3.3 Leitlinien einer Wertewirtschaft | 131
- 4 Fazit: Die Marktwirtschaft hat weder Herz noch Verstand | 134

## **II. Kapitel: Wachstum, Wachstum, Wachstum – und kein Plan(et) B | 139**

- 1 Wachstum und Wohlstand – ein kausaler Zusammenhang? | 143
- 2 Endogene Wachstumsgrenzen | 148
- 3 Exogene Wachstumsgrenzen | 160
  - 3.1 Verbrauch natürlicher Wachstumsressourcen | 160
  - 3.2 Umweltbelastung als Wachstumsbremse? | 164
  - 3.3 Der Markt als Problemlöser? | 175
    - 3.3.1 Nachfragelenkung durch Preise | 175
    - 3.3.2 Techno-ökologische Innovationen | 179
- 4 Wachstum und Lebensglück | 188
  - 4.1 Reichtum und Glück: Empirische Befunde und Plausibilitäten | 190
  - 4.2 Andere Glückstreiber | 198
- 5 Der Traum von einer Zeit jenseits des Wachstums | 202
- 6 Postwachstums- und Wertewirtschaft | 204
- 7 Fazit: Der Wachstumsimperativ, der nicht sein kann und nicht sein sollte! | 211

## **III. Kapitel: Menschliche Werte in einer kapitalistischen Marktwirtschaft | 215**

- 1 Und noch ein Imperativ: Moral! | 215
- 2 Armer Homo oeconomicus | 223
- 3 Angebotsethik: Moral und unternehmerisches Handeln | 231
  - 3.1 Unternehmerische Kerngruppen und Managementansätze | 232
    - 3.1.1 Shareholder Value | 232
    - 3.1.2 Stakeholder Value | 240
  - 3.2 Unternehmensethik – mehr als ein moralisches Feigenblatt? | 248
    - 3.2.1 Ansätze praktischer Unternehmensethik | 248
    - 3.2.2 Unternehmensethik und Gewinn | 253
      - 3.2.2.1 Karitative Unternehmensethik | 254
      - 3.2.2.2 Instrumentalistische Unternehmensethik | 256
      - 3.2.2.3 Korrektive Unternehmensethik | 259
      - 3.2.2.4 Integrative Unternehmensethik | 264



- 4 Nachfrageethik: Moral und Konsum | 271
- 4.1 Konsumentensouveränität | 272
- 4.2 Gute Gründe für einen maßvollen Konsum | 276
- 4.2.1 Gute Gründe für den Homo oeconomicus | 278
- 4.2.2 Gute Gründe für den Weiterdenker | 281
- 5 Fazit: Werte – schön, aber »unpraktisch« | 285

#### **IV. Kapitel: Menschliche Grundbedürfnisse, Fähigkeiten und deren wirtschaftliche Sozialisation | 289**

- 1 Die Bedürfnishierarchie | 289
- 1.1 Konsummotivation | 291
- 1.2 Wettbewerbs- und Gewinnmotivation | 297
- 2 Das Zürcher Modell sozialer Motivation | 303
- 2.1 Sicherheits- und Erregungssystem | 305
- 2.2 Autonomiesystem | 309
- 2.3 Coping-Apparat | 313
- 2.4 Moralisches Verhalten | 317
- 3 Grundbedürfnisse und wirtschaftliche Leidenschaften | 323
- 4 Persönlichkeitsentwicklung | 327
- 4.1 Prägende Einflüsse im Überblick | 327
- 4.2 Phasen der moralischen Entwicklung | 332
- 5 Das Autonomiesystem und dessen Sozialisation im Kontext des Wirtschaftssystems | 336
- 5.1 Die Entwicklung sozialer Beziehungen | 337
- 5.1.1 Die Zerstörung der Familie | 338
- 5.1.2 Fragile Multi-Gruppen-Bezüge | 347
- 5.1.3 Bindungsstärke unternehmerischer Stakeholder-Beziehungen | 355
- 5.1.3.1 Beziehungen zu den Kapitalgebern | 355
- 5.1.3.2 Beziehungen zu den Arbeitnehmern | 358
- 5.1.3.3 Beziehungen zu den Kunden | 364
- 5.1.3.4 Beziehungen zwischen den Wettbewerbern | 369
- 5.1.3.4.1 Assimilatives Coping | 372
- 5.1.3.4.2 Akkomodatives Coping | 378
- 5.2 Sozialisation durch Dinge | 386
- 5.2.1 Der Einfluss von Konsum | 388
- 5.2.1.1 Kaufphase | 388
- 5.2.1.2 Gebrauchsphase | 396

5.2.2	Autonomieanspruch und die Ambiguität der technischen Machtprothese	400
5.3	Vermarktung und Vermachtung von Informationen	409
5.3.1	Massenmedien	410
5.3.2	Die digitale Revolution: Alles doppelt und dreifach	419
5.3.2.1	Die weitere Aushöhlung des Verstands	424
5.3.2.1.1	Always on: Der Informationsarbeiter	426
5.3.2.1.2	Informationsausbeutung: Big Data	435
5.3.2.2	Digitales und Soziales	440
5.3.2.2.1	Nicht-familiale Beziehungen	441
5.3.2.2.2	Familiale Beziehungen	445
5.4	Die lebenslange Wirtschaftsschule	447
5.4.1	Frühkindliche Sozialisation	447
5.4.2	Schulische Sozialisation	450
5.4.3	Berufliche Sozialisation	459
5.5	Das Sozialisationsergebnis: Der Haben-Charakter	465
6	Fazit: Die kapitalistische Marktwirtschaft als Machtwirtschaft	470

## **V. Kapitel: Zusammenfassende Konturen einer Wertewirtschaft** | 481

1	Politische Wertebildung	483
1.1	Deliberative Demokratie	483
1.2	Schwerpunkte einer wertewirtschaftlichen Rahmenordnung	486
1.2.1	Förderung von Mäßigung auf der Angebotsseite des Marktes	487
1.2.2	Förderung von Mäßigung auf der Nachfrageseite des Marktes	495
2	Schulische Wertebildung	498
3	Wertebildung in Unternehmen	503

Persönliche Schlussnote | 509

Quellenverzeichnis | 515

Personenregister | 531

Sachregister | 533

## **Verzeichnis der Abbildungen, Tabellen und Übersichten**

Struktur und Kerninhalte der Untersuchung	20
Rationalität und Wirtschaftlichkeit?	25
Zwänge im globalen Wettbewerb	35
Vermögensverteilung je Haushalt im Jahr 2010	46
Kosten und Regulierungsintensität	69
Der Teufelskreis der Überregulierung	71
Unfug mit (Wettbewerbs-) System	86
Als-ob-Unterstellungen einer kapitalistischen Marktwirtschaft	135
Durchschnittliche Steigerungen des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Prozent und nach Dekaden	142
Wachstumswirkungen in Abhängigkeit vom Wachstumsgrad	146
Die zehn Leitindikatoren des neuen Wohlstands	148
Entwicklung des weltweiten Bruttosozialprodukts im Vergleich zum Finanzvermögen in Billionen US-Dollar in den Jahren 1980 bis 2010	157
Entwicklung der Weltbevölkerung einschließlich Prognose bis 2100	162
Ökologische Belastungsgrenzen	165
Prozentuale Eintrittswahrscheinlichkeiten der Überschreitung eines Temperaturanstiegs in Abhängigkeit von den CO <sub>2</sub> -Konzentrationen	169
Kohlenstoffintensität heute und wie für das Ziel von 450 ppm erforderlich	171
Entwicklung der Kohlenstoffintensität im Verhältnis zur Weltwirtschaftsleistung	172
Beispielkatalog einer Suffizienzpolitik	174
Lebenszufriedenheit in Deutschland	192
Relative subjektive Deprivation	196
Was den Bürgern für ihre Lebensqualität wichtig ist	205
Entscheidungen des utilitaristischen Homo oeconomicus	228
Gewinnsteigerung als wesentlicher unternehmerischer Erfolgsfaktor	232
Unternehmensethische Gewinnermittlung	240
Das Davoser Manifest	241
Die zehn Prinzipien des UN Global Compact	251
Unternehmensethische Kategorien	254
Grobkonzept einer korrektiven Unternehmensethik	261

Hierarchische Grundbedürfnisse und Konsumismus | 292  
Sicherheitssystem und soziales Verhalten | 305  
Erregungssystem und soziales Verhalten | 307  
Autonomiesystem und soziales Verhalten | 309  
Das Autonomiesystem zwischen instrumenteller und  
(selbst)kritischer Vernunft | 316  
Das Zürcher Modell sozialer Motivation im Überblick | 318  
Gestaltfaktoren der Identifikation | 320  
Persönlichkeitsentwicklung zwischen innerer und äußerer Realität | 329  
Stufenschema der Moralentwicklung | 333  
Soziales Beziehungsgeflecht | 337  
Autonomieanspruch und familiäre Beziehungen | 344  
Autonomieanspruch und nicht-familiäre Beziehungen | 347  
Die Wertekarte aus Kundensicht | 366  
Autonomiesystem und unternehmerisches Handeln | 371  
Der Scheideweg wirtschaftlicher Leistungsmotivation | 386  
Erregungssystem und künstliche Objekte | 389  
Regulierungsspirale aufgrund konfligierender Autonomieansprüche | 463  
Machtverteilung zwischen Zivil- und Marktgesellschaft | 484  
Unternehmensführung als Wertemanagement | 505

»Um klar zu sehen,  
genügt oft ein Wechsel der Blickrichtung«  
Antoine de Saint-Exupéry (1900 - 1944)

## Vorwort

Als »Kind der sozialen Marktwirtschaft«, das heißt aufgewachsen in den 1960/70er Jahren, habe ich diese Form des Wirtschaftens immer verteidigt und tue dies – gegenüber radikalen kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ansätzen, insbesondere in Form des sogenannten »Neoliberalismus«, oder zentralwirtschaftlichen Wirtschaftsideologien – immer noch. Gleichwohl mache ich mir mittlerweile auch nichts mehr vor: Diese »soziale Marktwirtschaft« ist erstens eine furchtbar schlecht definierte Ordnung, welche faktisch stark von neoliberalen Prinzipien durchsetzt ist. Zweitens häufen sich unübersehbar die Probleme, wohingegen wirkliche Lösungen dieser kaum erkennbar sind. Ein sich stetig abflachendes Wirtschaftswachstum, eine kaum mehr beherrschbare Staatsverschuldung, ein scheinbar unaufhaltsames Auseinanderdriften der Einkommens- und Vermögensverteilung und nicht zuletzt die immer klarer erkennbaren ökologischen Folgeschäden unserer Form des Wirtschaftens haben mein Vertrauen in dessen Zukunftsfähigkeit weitgehend aufgezehrt.

Trotz dieser wohl kaum wegzudiskutierenden und sich beschleunigenden Krisenanzeichen ist gesamtgesellschaftlich kein »Plan B« in Sicht. Unsere mächtig ohnmächtigen Volksvertreter hoffen genauso phantasielos und verzweifelt wie das Volk auf eine möglichst lange Ausdehnung des im Grunde tradierten Geschäftsmodells, namentlich auf mehr Wirtschaftswachstum, Gewinn, Einkommen und Konsum. Dabei übersehen sie, dass eine solche Verlängerung weder wahrscheinlich noch lebensdienlich ist – jedenfalls dann, wenn man Lebensdienlichkeit nicht nur materiell definiert und die negativen Folgen des Wachstums nicht ausklammert. Bei näherem Hinsehen speisen sich diese Phantasielosigkeit und Verzweiflung aus den ungeheuren, aber selbst auferlegten Zwängen des immer stärker wettbewerbs- und wachstumsgetriebenen Wirtschaftssystems. Wenn eine gesamte Gesellschaft ohne Unterlass dem Wettbewerb (gegeneinander) ausgesetzt wird und es – daraus folgend – kein genug geben kann und darf, dann haben wir es letztlich mit einer Form von eigen- bis unsinniger Zwangswirtschaft zu tun. Auf Dauer ist diese weder dazu angetan die allgemeine Lebenszufriedenheit, noch die höheren menschlichen Fähigkeiten (Vernunft, Moral) und Werte zu befördern.

Hiermit ist der Kern der vorliegenden Abhandlung angerissen, der sich in zwei Teile aufspaltet. Zum einen geht es um die Analyse und Erklärung der systemimmanenten Merkmale unserer Wirtschaftsordnung und zum anderen um deren Einwirken auf den »marktkonformen« Menschen. Die Wirkmächtigkeit der konstitutiven Prinzipien einer kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung wird erstens mit Blick auf die höheren

menschlichen Begabungen (Vernunft und Moral) sowie zweitens hinsichtlich der natürlichen Grundbedürfnisse analysiert. In Anbetracht der Breite dieses Analyseraums befindet sich die Untersuchung an der Schnittstelle zwischen wirtschaftswissenschaftlichen, philosophischen, sozialwissenschaftlichen und ethologischen Erkenntnissen. Dieser interdisziplinäre Perspektivenwechsel erlaubt einen vollständigen Blick auf den modernen »Wirtschaftsmenschen«.

Um einen solchen Wechsel der Blickrichtungen auf das Thema Wirtschaft habe ich mich auch im Hinblick auf die am Wirtschaftsprozess Beteiligten bemüht. Zu nennen sind hier insbesondere Kapitalgeber, Unternehmer, Arbeitnehmer sowie Kunden. Nahezu jede, in welcher Hinsicht auch immer kritische Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Problemstellungen wird von Kritikern reflexartig in die eine oder andere politische Schublade gepresst. Arbeitgeber-/kapital- versus arbeitnehmerfreundlich oder gar »rechts« oder »links« sind hierbei die gängigsten Etikettierungen und Denkschablonen. Wo bleibt hierbei eigentlich das »Geradeaus« beziehungsweise die »Mitte«? Den Weg dorthin könnte uns einzig und allein eine Vernunftethik weisen, die unser Denken und Handeln an allgemein akzeptablen, guten Gründen, zum Beispiel kodifiziert in unserem Grundgesetz, ausrichtet. Wo aber ist sie nun, die wirtschaftliche und politische Mitte, wenn zum Beispiel 50 Prozent der Bevölkerung gerade einmal ein Prozent des gesamten Vermögens gehört. Wenn man solche und andere kritische Fragen – sowie entsprechende Lösungsansätze außerhalb der ominösen »Selbsteilungskräfte des Marktes« – schon als »links« einordnet, dann sagt dies erstens sehr viel über die Qualität unserer demokratischen, von Machtinteressen beherrschten »Diskurskultur« und zweitens sei's drum – dann ist dieses Buch eben »links«.

Unterstützung fand ich während der dreijährigen Schreibarbeit in vielfältiger Form durch meine Familie – Monika, Lisa, Sarah und »Hucky«. Ihnen gebührt mein Dank für Ihr »Sein« und mein Aufgehobensein.

Alles andere als zuletzt danke ich *Norbert Bischof*, *Erich Fromm* sowie *Peter Ulrich*, von deren Werken ich so viel lernen durfte.

Ulrich Klinkenberg  
Düsseldorf, im Juni 2016

## Thematische Hinführung

In der gesellschaftlichen Diskussion wird wohl kaum ein anderer Begriff so bipolar und emotional aufgeladen gebraucht und bewertet wie der vom Markt beziehungsweise von der Marktwirtschaft. Das Spektrum reicht hierbei, in Abhängigkeit von der politischen Grundprägung und der jeweils eigenen Lebenssituation, von romantischen Schwärmereien bis hin zu Verteufelungen des Marktes.<sup>1</sup>

Nähert sich man dem Thema ganz nüchtern, dann ist das Ergebnis hingegen recht schlicht: Im Kern ist der Markt nichts anderes als ein Konstrukt, worüber das Angebot an Waren und Dienstleistungen mit der Nachfrage koordiniert wird. Nun kann eine solche Koordination grundsätzlich entweder in Form der *Selbstabstimmung* der Nachfrager und Anbieter oder über das Koordinationsinstrument »Plan« erfolgen. Die Anwendung letzteren Instruments führt dann zu einer (zentralistischen) Planwirtschaft, mit allen hinlänglich bekannten wirtschaftlichen Missständen, während eine Koordination über Selbstabstimmung eine auf gegenseitigen Vorteilstausch basierende *Marktwirtschaft* impliziert. Diese ist die erste Säule unserer Wirtschaftsordnung.

Die zweite Säule ist der *Kapitalismus*,<sup>2</sup> das heißt im Wesentlichen, dass privates Kapital zur Erstellung von Gütern und Dienstleistungen erlaubt beziehungsweise erwünscht ist. Die so gebildeten privaten Unternehmen konkurrieren dann auf der Angebotsseite um den Zuspruch der Nachfrager. Dieser erwünschte, weil leistungsantreibende *Wettbewerb* wird sich immer dann von selbst einstellen, wenn die Investoren/Kapitalisten in dem jeweiligen Marktsegment Chancen sehen, eine positive Verzinsung ihres Risikokapitals zu erreichen. Somit gehört das Ziel der *Kapitalakkumulation* in privater Hand ebenfalls zum Wesen des Kapitalismus.

Auch an dieser Gewinnorientierung des Kapitals beziehungsweise dem damit verbundenen Wettbewerb scheiden sich nun die ideologischen Geister. Während diese für viele Zeitgenossen die unverzichtbaren Triebfedern für ständige Erweiterungen und Verbesserungen des Güter- und Leistungsangebots und damit für Wirtschaftswachstum sind, geißeln andere die Profitorientierung und den Wettbewerb als Wurzel des Bösen. Diese einfache, dichotome Taxonomie gilt es im weiteren Verlauf dieses Buchs auszudifferenzie-

---

<sup>1</sup> Nur beispielhaft: In einem »Apostolischen Schreiben« (November 2013) geißelt Papst Franziskus das derzeitige Wirtschaftssystem »in seiner Wurzel als ungerecht«. Die Welt lebe in einer Tyrannei des »vergötterten Marktes«.

<sup>2</sup> Aufgrund der negativen gedanklichen Assoziationen mit dem Begriff des Kapitalismus hat eine schleichende Umbenennung/Verkürzung zu »Marktwirtschaft« stattgefunden. Vgl. dazu unter Skizzierung der problematischen Geschichte des Kapitalismus Galbraith, S. 39 ff., der auf S. 45 den heute gebräuchlicheren Begriff der Marktwirtschaft als »nichtssagend, falsch und schönfärbisch« kennzeichnet. Trabold, S. 53, weist auf das in der Öffentlichkeit weit verbreitete Missverständnis hin, dass Marktwirtschaft und Kapitalismus ein und dasselbe seien. Faktisch kann es hingegen zu vielfältigen Mischformen kommen und grundsätzlich ist eine Marktwirtschaft auch vorstellbar, wenn alle Produktionsmittel staatliches Eigentum sind. Der Begriff Kapitalismus setzte sich in Europa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch; vgl. dazu und zu den unterschiedlichen Facetten des Kapitalismusbegriffs Kocka, S. 6 ff.

ren; auf schwierige Fragen kann es definitionsgemäß keine einfachen/radikalen Antworten geben.

Ein wesentliche Schwierigkeit im Rahmen dieser differenzierenden Analyse ist die bescheidene Erkenntnis, dass es weder »den Markt« noch »das Kapital« oder »das Unternehmen« gibt – all dies sind realitätsverschleiernde Abstraktionen, die im wirtschaftlichen Alltagsjargon gerne versubjektiviert werden. Diese Artefakte handeln nicht gut oder schlecht und führen zu wünschenswerten oder kritischen sozialen und ökologischen Folgen, gut oder schlecht ist/handelt immer nur der Mensch und zwar sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite des Marktes. Es wird im Rahmen der vorliegenden Ausarbeitung also zu klären sein, ob und inwieweit die durch das kapitalistisch-marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem festgelegten Ordnungsprinzipien den menschlichen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Werten entsprechen beziehungsweise diese (un)günstig beeinflussen. Dies ist gleichzeitig die Hinführung zum Begriff der »*Wertewirtschaft*« als marktwirtschaftliche Ordnung, die menschliche Werte fördern soll.<sup>3</sup> Im Weiteren seien Werte – wie zum Beispiel Anstand, Respekt, Solidarität, Aufrichtigkeit, Verantwortung usw. – als »unauslöschliche Muster des Denkens, Fühlens und potenziellen Handelns« verstanden,<sup>4</sup> welche *die* unverzichtbare Grundlage für eine verträgliche menschliche Koexistenz bilden.

Die Beschäftigung mit dem Menschen im Allgemeinen und darauf basierend seinen wirtschaftlichen Handlungsweisen im Besonderen steht im Mittelpunkt dieses Buchs. Will man über den Menschen etwas erfahren, sollte eine Orientierung an seiner historischen Genese erste Aufschlüsse liefern. Eine kurze Paraphrasierung der menschlichen Geschichte zeigt dabei ein wenig hoffnungsfrohes Ergebnis: Anthropogene Katastrophen reihen sich bis heute chronologisch aneinander, ohne einen grundlegenden Musterwechsel im menschlichen Verhalten erkennen zu lassen. Raserei, Irrsinn, Größenwahn, Eitelkeit, Gier usw. trieben Menschen schon immer in Gewaltexzesse, Raub sowie sonstige wirtschaftliche Betrügereien und immer ging es auch um die Erstreitung und die Ausnutzung von *Machtpositionen*. Mit welchen Begriffen man dieses Verhalten auch immer sonst noch zu beschreiben vermag, *Vernunft* wäre hierfür wohl der Ungeeignetste. Mensch war immer schon und ist weiterhin ein *Grenzgänger und -überschreiter* und mittlerweile scheinen uns selbst die natürlichen Grenzen der Erde als zu eng.

---

<sup>3</sup> Eine grundsätzliche Klarstellung: In diesem Buch werden immer wieder vernunftethisch problematische, aber *menschliche* Verhaltensweisen thematisiert. Hiervon will und kann ich mein persönliches (Fehl-) Verhalten selbstredend nicht ausnehmen. Es geht mir in keiner Weise um eine moralische Überhöhung der eigenen Person, sondern einzig und allein um den Versuch, solche Verhaltensweisen vor dem Hintergrund einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu verstehen, zu erklären und Verbesserungsmöglichkeiten auszuloten.

<sup>4</sup> Vgl. zu dieser Kennzeichnung von Werten Auinger/Böhnisch/Stummer, S. 5 f. Mit der »Unauslöschlichkeit« der Werte ist natürlich noch nichts gesagt über deren Stärke im Rahmen unserer (wirtschaftlichen) Handlungen. Nach Luhmann, S. 241, sind Werte bereits in unserer Kommunikation enthalten.



Das ganze Treiben wurde auch dadurch nicht besser, ganz im Gegenteil, wenn irgendwelche »weltbeglückenden« ideologischen und/oder religiösen Heilslehren zur Rechtfertigung unserer Grenzüberschreitungen erhalten mussten. Angesichts der alleine im letzten Jahrhundert fortwährenden Genozide fällt es schwer, von einer stetigen moralischen Veredelung des Menschen im Verlauf der Zeitgeschichte zu reden, auch wenn zum Beispiel die Zahl der Kriegsoffer seit 1945 auf den niedrigsten Stand aller Zeiten zurückgegangen ist.<sup>5</sup> Natürlich ist dies eine zeitgeschichtlich vernachlässigbare Zeitspanne; unter einer wesentlich zeitgreifenderen Retrospektive findet man selbst Jäger- und Sammlerkulturen, gegenüber denen ein moralischer Fortschritt des Menschen kaum auszumachen ist.<sup>6</sup>

Was sich aber in jedem Fall und in sehr kurzer Zeitspanne von nur gut 250 Jahren geändert hat, ist die Kultivierung eines neuen, *zusätzlichen* »Schlachtfeldes« in Form einer Lenkung der menschlichen Leidenschaften auf das Wirtschaften.<sup>7</sup> Diese Entfesselung der Wirtschaft ist untrennbar mit dem Konzept des Kapitalismus verbunden, welcher nach M. WEBER den Menschen in ein »*stählernes Gehäuse*« von Wettbewerb und unablässiger individueller Vorteilsmaximierung presst:

»Die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung ist ein ungeheurer Kosmos, in den der einzelne hineingeboren wird und der für ihn, wenigstens als einzelnen, als faktisch unabänderliches Gehäuse, in dem er zu leben hat, gegeben ist. Er *zwingt* dem einzelnen, *soweit* er in den Zusammenhang des Marktes verflochten ist, die Normen seines wirtschaftlichen Handelns auf. Der Fabrikant, welcher diesen Normen entgegenhandelt, wird ökonomisch ebenso unfehlbar eliminiert, wie der Arbeiter, der sich ihnen nicht anpassen kann oder will, als Arbeitsloser auf die Straße gesetzt wird.<sup>8</sup>

---

<sup>5</sup> Vgl. Harari, S. 450 ff. Harari führt dieses Ergebnis unter anderem auf die atomare Drohkulisse zurück, welche die Folgen einer kriegerischen Auseinandersetzung unvorstellbar, das heißt nicht kalkulierbar macht. Dies taugt freilich auch nicht als Hinweis auf eine fortschreitende Zivilisierung des Menschen.

<sup>6</sup> Vgl. dazu sowie allgemein zur Skepsis im Hinblick auf die moralische Weiterentwicklung des Menschen Bischof, Moral, S. 238 ff.

<sup>7</sup> Vgl. zur Hoffnung einer Verdrängung kriegerischer Auseinandersetzungen durch freien Handel nur Montesquieu: »Die natürliche Folge des Handels ist, dass er zum Frieden führt. Zwei Nationen, die miteinander Handel treiben, werden voneinander abhängig; wenn die eine daran interessiert ist zu kaufen, so ist die andere daran interessiert zu verkaufen; und alle Bündnisse beruhen auf wechselseitigen Bedürfnissen.« Entnommen aus: Hirschman, Leidenschaften, S. 90. Beispielfhaft kann man dieser These im Rahmen der aktuellen Ukraine-Krise und den wirtschaftlichen Verflechtungen (Gaslieferungen) der Konfliktparteien etwas abgewinnen. Auf der anderen Seite ist der ungleichen globalen Rohstoffverteilung aber auch ein Konfliktpotential innewohnend, welches gerade angesichts sich verknappender, für die wirtschaftliche Entwicklung wesentlicher Rohstoffe zu wenig friedlichen Auseinandersetzungen führen kann.

<sup>8</sup> Zitiert nach Max Weber, entnommen aus: Ulrich, Wirtschaftsethik, S. 150. Wie noch zu zeigen sein wird, ist auch der Mensch in seiner in dem Zitat nicht explizit angesprochenen Rolle als Nachfrager, also dem Souverän einer Marktwirtschaft, um den sich der ganze »Rummel« des marktwirtschaftlichen Wirtschaftens doch drehen sollte, in diesem »*stählernen Gehäuse*« gefangen.

Der gegenüber dem alternativen Wirtschaftssystem, genannt Kommunismus, siegreiche Kapitalismus hat nun in einer kurzen Zeit zu einer exponentiell wachsenden Wirtschaft geführt.<sup>9</sup> Soziale Errungenschaften, wie zum Beispiel Mindestrechte für Arbeitnehmer, mussten den Kapitalgebern im Verlauf dieser Entwicklung machtpolitisch und oft genug blutig abgetrotzt werden; nur durch das im Grunde archaische/primitive Prinzip von Machtkontrolle durch Aufbau von Gegenmacht konnte und kann der Mächtige offenbar zur Raison gebracht werden.

Ein wesentlicher Treiber des mit dem Kapitalismus einhergegangenen Wirtschaftswachstums waren technologisch induzierte Wachstumsschübe in Form von Innovationen, welche die räumliche und zeitliche Reichweite unseres Wirtschaftens und seiner Folgen entgrenzt haben. Die räumliche Ausdehnung trägt in ihrer Extremform den Namen der Globalisierung und bedeutet eine weltweite arbeitsteilige Verflechtung zwischen den Anbietern von Industriegütern sowie einen liberalisierten Welthandel. Die zeitliche Entgrenzung, also die Expansion in die Zukunft, geschieht über eine Aufbürdung der negativen Folgen unseres Wirtschaftens zulasten nachfolgender Generationen. Angesprochen ist hiermit zum einen der Wachstumstreiber der Kreditfinanzierung (zum Beispiel in Form der Staats- oder auch Unternehmensverschuldung), die nichts anderes als ein Wechsel auf eine in Zukunft hoffentlich weiter wachsende Wirtschaft ist. So kann etwa jeder Investitionskredit als Wette auf eine damit möglicherweise verbundene, zumindest Kreditsumme und -zinsen ausgleichende Wertschöpfung interpretiert werden – eine Rechnung, die in gesättigten Volkswirtschaften immer weniger aufgeht. Zum anderen ist in den letzten Jahren eine neue Herausforderung virulent geworden: Der Einsatz wachstumstreibender Technologien in Verbindung mit unserem weltweiten Wirtschaften verursacht hohe ökologische Folgeschäden, die vornehmlich von nachfolgenden Generationen zu (er)tragen sind.

Der nunmehr in den reifen Volkswirtschaften erreichte Spätkapitalismus zeitigt somit schleichende Abnutzungserscheinungen bis hin zu manifesten Krisenprognosen und Krisen, die im Kern auf dieselben Ursachen aller anthropogenen Krisen zurückzuführen sind. Es ging immer schon und geht weiter um die zu starke Ausdehnung des Menschen im Verhältnis zu seinem sozialen und (neuerdings) ökologischen Bezugssystem.<sup>10</sup> Die Verletzung der Rechte Dritter durch eine übertrieben egozentrierte Expansion war, ist

---

<sup>9</sup> Nach Piketty, S. 106, wuchs die Weltwirtschaft zwischen dem Jahre null und dem 17. Jahrhundert um durchschnittlich 0,1 Prozent/Jahr, was in etwa auch der Zunahme der Weltbevölkerung entsprach. Danach schnellten die Wachstumsraten in Folge der industriellen Revolution drastisch nach oben und erreichten im Zeitraum 1950 bis 1990 den Höhepunkt mit rund vier Prozent jährlich. Seit dem Jahr 1800, also der Zeit der beginnenden großflächigen Industrialisierung, hat sich die globale Wirtschaftsleistung um das 80fache gesteigert. Vgl. Miegel, S. 61.

<sup>10</sup> Die Frage nach einer im Hinblick auf sein Bezugssystem tolerablen Ausdehnung des Menschen ist sowohl im Hinblick auf das einzelne Individuum, als auch bezogen auf die Menschheit insgesamt zu stellen; in Bezug auf den letzten Aspekt müsste man dann konkreter fragen: Wie viel Menschheit verträgt das soziale und ökologische Bezugssystem überhaupt? Die bereits eingetretene und weiter zu erwartende Bevölkerungsexplosion (vgl. hierzu weiter unten, S. 161 ff.) wird jedenfalls in keinem Fall zu einer Entlastung führen.

und bleibt die Keimzelle anthropogener Probleme. Was haben wir nur in uns, dass wir uns in schöner Regelmäßigkeit die Hölle auf Erden bereiten? Damit ist die uralte philosophische Kernfrage aufgeworfen, ob es dem Menschen aufgrund/trotz seiner Anlagen (Triebe und Affekte) irgendwann gelingen kann zur Vernunft zu kommen. Angesprochen und angezweifelt ist damit die menschliche Fähigkeit zur *Vernunftethik*, als einer systematischen Entscheidungsfindung und Handlungsorientierung unter Beachtung guter Gründe, welche auf der Basis unveräußerlicher und gleicher Menschenrechte allgemeingültig sind/sein sollten.<sup>11</sup>

## Anliegen und Struktur der Untersuchung

Das Hauptanliegen dieser Untersuchung ist die Herstellung eines tiefgründigen Verständnisses der (Dys-) Funktionalitäten einer kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung und – darauf basierend – die Auslotung von Verbesserungsoptionen. Eine solche Wirtschaftsordnung ist gleichzeitig ein menschliches Konstrukt (Artefakt) sowie ein wirkmächtiges, den Menschen steuerndes System. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich die vorliegende Abhandlung im Kern mit den beiden folgenden *Fragestellungen*:

- Was sind die wesentlichen verhaltenssteuernden Konstruktionsmerkmale einer kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung und
- wie wirken sich diese auf die menschliche Entwicklung, das heißt auf menschliche Fähigkeiten, Werte und Bedürfnisse aus?

Diese anthropozentrische Analyse des herrschenden Wirtschaftssystems erweitert die verbreitete neoklassische Markttheorie, welche »vollkommene Märkte« weitgehend in Abwesenheit des Menschen modelliert, erheblich.

Die Beschreibung und Analyse der bereits im vorigen Abschnitt kurz vorgestellten konstitutiven Merkmale kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Systeme (*Selbstabstimmung, Wettbewerb und Gewinnorientierung*) steht im Mittelpunkt des *ersten Kapitels*. Dabei finden rechtliche Eingriffe des Staates in den »freien« Markt besondere Berücksichtigung, da diese den Rahmen unserer sogenannten »sozialen Marktwirtschaft« prägen und gesellschaftliche Werte in die ökonomische Sachlogik hineinregulieren sollen. Dies öffnet die Perspektive auf eine von mir so bezeichnete *Wertewirtschaft*, als marktwirtschaftliche Ordnung, durch die »andere Werte« befördert oder zumindest stärker berücksichtigt werden sollen. Der Förderung des Verständnisses kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnungen dient auch die Auseinandersetzung mit der neo- sowie der ordoliberalen Wirtschaftsschule, wobei letztere als Ideengeber unserer sozialen Marktwirtschaft gilt. Im Kern geht es bei beiden mehr oder minder marktradikalen An-

---

<sup>11</sup> Nach Ulrich, Wirtschaftsethik, S. 21, betreibt eine (humanistische) Vernunftethik »... die Reflexion auf die *allgemeinen*, für alle Menschen »guten Willens« einsichtigen normativen Voraussetzungen des guten Lebens und gerechten Zusammenlebens freier und mündiger Personen.«

sätzen um die Klärung der Frage, wie das Verhältnis zwischen Gesellschaft/Staat und Wirtschaft, im Sinne einer optimalen *Lebensdienlichkeit*<sup>12</sup> (für alle), auszugestaltet ist.

Das *zweite Kapitel* beschäftigt sich kritisch mit den aus den konstitutiven Prinzipien des Wirtschaftssystems resultierenden, gesamtwirtschaftlichen *Wachstumswängen* und stellt die Sinnhaftigkeit sowie die Möglichkeit einer unbegrenzten Fortführung unserer Form des Wirtschaftens in Frage. Differenziert wird hierbei zwischen endogenen und exogenen *Wachstumsgrenzen*; erstere zielen auf solche Entwicklungen wie Sättigung, nachlassende Dynamik (sinnvoller) technologischer Innovationen, übermäßige Kapitalakkumulation usw. ab und letztere sind in Form der sich zuspitzenden ökologischen Probleme für jedermann sichtbar. Thematisiert wird ebenfalls der brüchige Zusammenhang zwischen Wachstum und individueller *Lebenszufriedenheit*. Am Ende bleibt die Frage, ob die Zeit nicht schon seit Längerem reif für eine lebensdienlichere Wirtschaftsweise wäre, die andere Werte in den Vordergrund rückt.

Die Darstellung der Zusammenhänge und Friktionen zwischen den spezifisch menschlichen, höheren Werten und den Strukturen und Zwängen unserer Wirtschaftsordnung bildet den wesentlichen Inhalt des *dritten Kapitels*. Richtschnur einer lebensdienlicheren Gestaltung unseres Wirtschaftssystems im Allgemeinen und unserer wirtschaftlichen Alltagshandlungen im Besonderen ist eine (mehr oder minder) strikte *Vernunftethik*. Innerhalb eines marktwirtschaftlichen Systems sind hiermit sowohl die Akteure auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite adressiert beziehungsweise vernunftethisch herausgefordert. Die Beschreibung dieser Heraus- oder auch Überforderungen soll Möglichkeiten, aber auch systemimmanente, aus dem Wettbewerbs- und Gewinnimperativ resultierende Grenzen einer *Gesinnungs- und Verantwortungsethik* aufzeigen. Dazu werden auf der Angebotsseite unterschiedliche »Managementphilosophien« sowie Ansätze »praktischer« Unternehmensethik diskutiert; die Werthaltigkeit unternehmensethischer Bemühungen wird anhand der Beziehungen zwischen Ethik und Gewinn ausgeleuchtet. Auf der Nachfrageseite des Marktes steht dann – das Kapitel abschließend – die Auseinandersetzung mit dem Thema der Konsumentensouveränität und einem verantwortungsbewussten Konsum auf der Agenda.

Das mit Abstand umfangreichste *Kapitel vier* fokussiert im Kern auf die wechselseitigen Implikationen von Wirtschaftssystem, menschlichen *Grundbedürfnissen* (zum Beispiel nach Autonomie und Sicherheit) und höheren *Fähigkeiten* (namentlich Vernunft- und Moralbegabung). Wie beeinflussen die »ehernen Regeln« der kapitalistischen Marktwirtschaft eigentlich diese Bedürfnisse und Fähigkeiten beziehungsweise umgekehrt, wie transzendieren Bedürfnisse und Fähigkeiten das Wirtschaftssystem? So lauten die Leitfragen dieses Kapitels. Methodisch orientieren sich die Antworten auf diese Fragen in erster Linie an dem ethologischen »*Zürcher Modell der sozialen Motivation*«,

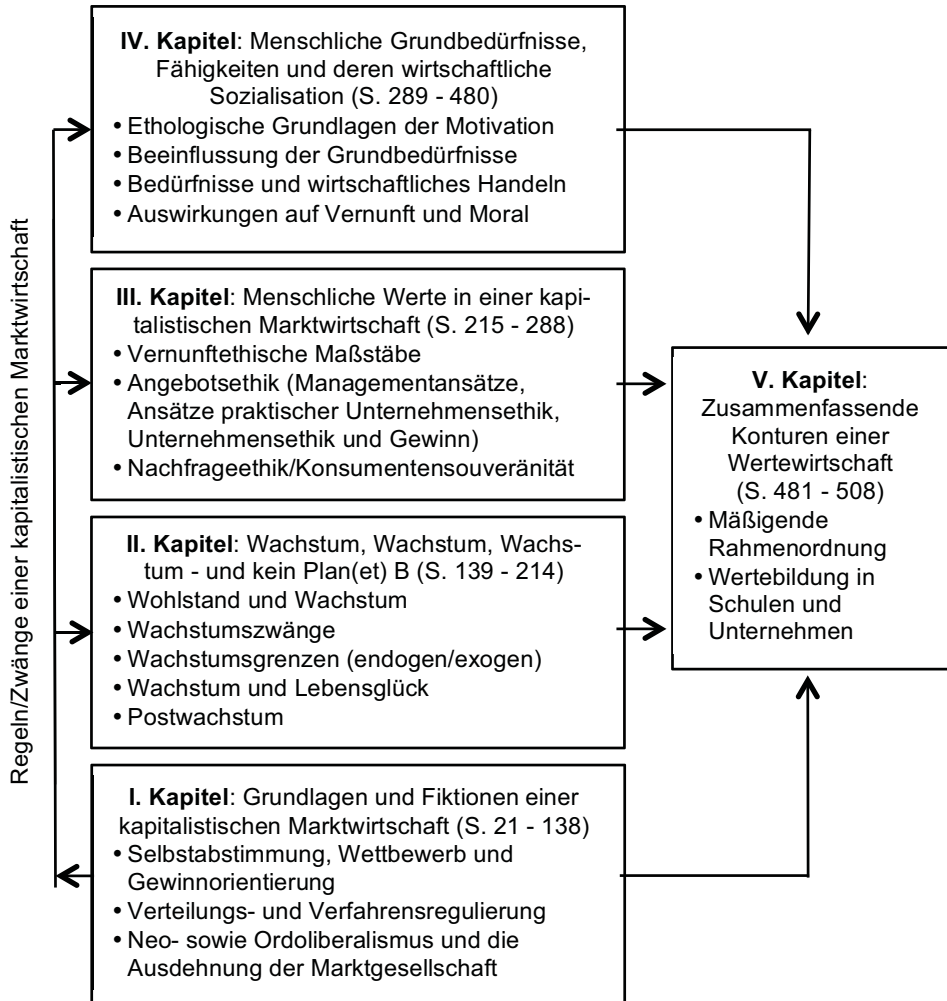
---

<sup>12</sup> Zu diesem »wirtschaftsethischen Leitbegriff« siehe Ulrich, Wirtschaftsethik, S. 11, unter Bezug auf den Urheber Emil Brunner (1932).

welches menschliches Verhalten konsequent aus den Selbstbehauptungs- und Selbsterweiterungsbedürfnissen des Menschen ableitet. Von den auf Basis dieses Modells gewonnenen Einsichten ausgehend werden dann die *sozialisatorischen Wirkungen* einer kapitalistischen Marktgesellschaft analysiert; einbezogen werden alle wesentlichen Sozialisationsinstanzen und -phasen im Hinblick auf ihre persönlichkeitsprägenden Wirkungen. Hierbei werden zunächst die Auswirkungen unserer Form des Wirtschaftens auf die Qualität sozialer, einschließlich familialer Beziehungen untersucht. Im Weiteren steht dann der Einfluss von Konsum, Technik, alten und neuen Massenmedien sowie Bildung im Mittelpunkt. Im Ergebnis sollte hiernach erkennbar sein, inwieweit der »moderne Wirtschaftsmensch« überhaupt noch das Heft des Handelns in der Hand hat.

Das abschließende, vergleichsweise kurze,  *fünfte Kapitel* greift die über die vorigen Kapitel verstreuten Hinweise zu einem mehrwertigen Wirtschaftssystem (Wertewirtschaft) auf und ergänzt sowie systematisiert diese vor dem Hintergrund der Ergebnisse aus Kapitel vier. Dabei steht die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen einer zumindest denkbaren Transformation des aktuellen Wirtschaftssystems im Mittelpunkt. Das Fundament hierfür bildet eine auf mehr *Mäßigung* der Anbieter und Nachfrager abzielende wertewirtschaftliche *Rahmenordnung*. Die hierin festzulegenden Regelungen müssten in Form eines gesellschaftsweiten, demokratisch-deliberativen Prozesses ausgehandelt werden. Darüber hinaus wären eine wertezentriertere schulische Bildung und schließlich eine stärkere Verankerung der Wertethematik im Unternehmenskontext wesentliche Eckpfeiler für eine gelingende Transformation zu einer Wertewirtschaft.

Zur Unterstützung einer grundsätzlichen Orientierung sind Struktur und zentrale Inhalte der Abhandlung in der Abbildung auf der folgenden Seite hochkomprimiert dargestellt.



Struktur und Kerninhalte der Untersuchung

# I. Kapitel: Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

## 1 Zentrale Konstruktionsmerkmale der »sozialen« Marktwirtschaft

Die bereits kurz angesprochenen Konstruktionsmerkmale kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnungen

- Selbstabstimmung zwischen Anbietern und Nachfragern sowie
- Gewinnorientierung und Wettbewerb

werden im Folgenden näher ausgearbeitet und um ein weiteres Merkmal ergänzt. Für die deutsche Marktwirtschaftsvariante, also die sogenannte »soziale Marktwirtschaft«, ist zusätzlich die vergleichsweise zu anderen marktwirtschaftlichen Ordnungen strikte *Regulierung* der wirtschaftlichen Akteure in Form von Rechtsnormen kennzeichnend. Insofern und aufgrund der hohen Unschärfe des Ausdrucks »sozial« würde man wohl zutreffender von einer im Sinne des Gemeinwohls rechtlich stark regulierten Marktwirtschaft sprechen.<sup>13</sup> Die hier vorgenommene arbeitsdefinitorische Einengung/Verkürzung des Konzepts der sozialen Marktwirtschaft auf den Aspekt der staatlichen Regulierung mögen mir die Kenner dieses Wirtschaftsmodells verzeihen; ich komme später (Seite 92 ff.) ausführlich auf die Diskussion des von seinen ordoliberalen Ursprüngen und Ideen her wesentlich umfassenderen Ansatzes der sozialen Marktwirtschaft zurück. Gleichwohl entspricht diese Verkürzung meines Erachtens dem in der heutigen gesellschaftspolitischen Diskussion vorherrschenden Bild von unserer marktwirtschaftlichen Ordnung.

### 1.1 Koordination über Selbstabstimmung

#### 1.1.1 Wirtschaftlichkeit – für wen?

Die Grundidee einer Marktwirtschaft beruht darauf, dass das Angebot an Waren und Dienstleistungen permanent und auf freiwilliger Basis durch die zweckrationalen Entscheidungen der Nachfrager gesteuert wird. Allgemein ist unter *Rationalität* ein vernunftgeleitetes Denken und – daraus folgend – Handeln zu verstehen. Zweckrationalität bedeutet, dass die Nachfrager solche Angebote erwerben, die der Optimierung ihrer individuellen Nutzenfunktion am besten entsprechen.<sup>14</sup> Der Nachfrager ist/wäre damit letztlich der »*Souverän*« des Wirtschaftens, will heißen, das Was, das Wie viel und das Wie

---

<sup>13</sup> Vor allem wäre hier die häufige Synonymisierung von »sozial« und »gleich« zu kritisieren oder auch die immer wieder angeführte, unsägliche Rede von den »sozial Schwachen«, obwohl damit ja wohl die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsschichten gemeint sind. Was soll denn bitte zum Beispiel an einer Alleinerziehenden, die sich in ihrem Arbeitsalltag zwischen mehreren »Mini-Jobs« und einer fürsorglichen Kindererziehung aufreibt »sozial schwach« sein?

<sup>14</sup> Vgl. zum Ganzen ausführlicher Steinmann/Schreyögg, S. 74 ff.

## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

(Preis und Qualität) des Angebots wird durch ihn – und nicht etwa durch einen zentralen Plan (Planwirtschaft) – bestimmt/gelenkt. Die Funktionsfähigkeit dieser (dezentralen) freien Selbstabstimmung im Sinne einer optimalen Allokation knapper Ressourcen, also der Herstellung von *Wirtschaftlichkeit*, beruht somit auf der Annahme rationaler Entscheidungen in Verbindung mit dem Ziel der Eigennutzoptimierung sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite des Marktes – so weit so einfach, viel zu einfach.

*Rationale* Kaufentscheidungen setzen das Vorhandensein relevanter Informationen über das Angebot voraus. Zu Zeiten des gedanklichen Begründers der modernen Nationalökonomie einschließlich der freien Marktwirtschaft, A. SMITH,<sup>15</sup> und seinem 1776 erschienenen Hauptwerk, »An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations«, war das Güterangebot auf eine recht überschaubare Zahl beschränkt, während sich der heutige Kunde einer schier unüberschaubaren Produktvielfalt gegenüber sieht.<sup>16</sup> Alleine von daher sind rationale/wirtschaftliche Kaufentscheidungen schwieriger geworden. Unternehmen können sich die informationelle Überforderung des (potenziellen) Kunden auf vielfältige Art und Weise zu Nutze machen. So kann zum Beispiel die Qualität wohlklingender Finanz- beziehungsweise Versicherungsprodukte durch eine Vielzahl von schwer verständlichen Produktbeschreibungen (»Kleingedrucktes«) erheblich eingeschränkt werden, weil davon auszugehen ist, dass die potenziellen Kunden diese erst gar nicht lesen oder – wenn sie dies doch tun – nicht richtig verstehen.<sup>17</sup>

Die Marktwirtschaft ist eine Herrschaftsform »von unten«, das heißt die breite Masse sollte im Sinne von Wirtschaftlichkeit zu rationalem Marktverhalten fähig sein (sogenannte »Schwarmintelligenz« oder »Weisheit der Vielen«) und zumindest unterm Strich sollten sich so nur wirklich nutzenstiftende und die besten Produkte durchsetzen. Dann sind also die panikartigen Massenanstürme bei Produktneuerscheinungen der »Kult-

---

<sup>15</sup> Vgl. Wikipedia, Adam Smith.

<sup>16</sup> Bemerkenswerterweise waren die grandios gescheiterten Planwirtschaften nie in der Lage eine den sehr individuellen Wünschen der Menschen angemessene Produktvielfalt hervorzubringen. Zentrale Planung und Kreativität/Vielfalt schließen sich wohl aus.

<sup>17</sup> Vgl. mit weiteren Beispielen Stiglitz, Fall, S. 321. In der Phase in der diese Zeilen entstanden sind, konsumierte der Autor ein Bier, in dessen Kronkorken hin und wieder ein Gewinncode eingepreßt war, der zum Beispiel einen Gutschein im Wert von zehn Euro bei einem exklusiven (hochpreisigen) Internet-Küchengeräteshop versprach. Auch hier wurde mit der potenziellen Irrationalität des Verbrauchers gespielt, denn wenn man ja schon einmal was gewinnt, kann man das Glück doch nicht zurückweisen und kauft so möglicherweise einen Küchenartikel (den man nicht braucht) für 40 Euro. Aber halt, man könnte ja auch etwas für knapp über zehn Euro bestellen. Bei diesem Versuch wurde mir dann ein »Mindermengenzuschlag« von zusätzlich fünf Euro angezeigt. Die Biermarke habe ich danach im Anflug eines Rationalitätsreflexes gewechselt. Die Zeit, die ich mit diesem »Konsummurks« verschwendet habe, gibt mir allerdings niemand zurück.



## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

marke mit dem angebissenen Apfel«<sup>18</sup> beziehungsweise allgemein die Anziehungskraft von Modemarken oder die hohen Einschaltquoten bei »Trash-TV-Formaten« usw. und so fort rational? Hierbei handelt es sich eher um *massenpsychologische Phänomene*, welche sich in einer Gleichrichtung handlungsleitender Gefühle und Gedanken und damit in einem Schwinden der bewussten Persönlichkeit niederschlagen.<sup>19</sup>

Bei den gerade genannten Beispielen ist neben einem großen Maß an Emotionalität, also nicht bewusst vernunftgeleitetem Handeln, subjektiv auch eine Portion an Rationalität im Spiel. Denn zum Beispiel mit dem Tragen der neuesten (in der Regel überbeurteilten) Markenmode verfolgen wir bewusst oder unbewusst auch einen Zweck: Die Erfüllung des Urbedürfnisses nach Aufmerksamkeit und daraus (möglicherweise) folgernd Ansehen beziehungsweise Anerkennung. Schürft man evolutionsbiologisch noch tiefer, dann kann man bei modischer Kleidung auch das genetische Programm der Sexualität und Fortpflanzung detektieren.

Wir können über Markt(ir)rationalität also nur sinnvoll nachdenken, wenn wir eine belastbare Vorstellung über die Bedürfnisstrukturen des Menschen haben. Die permanente Weckung von an diese Bedürfnisse andockenden Konsumwünschen, insbesondere durch Werbung, ist in einer weitgehend gesättigten Konsumgesellschaft ein wesentlicher Erfolgsfaktor der Produktanbieter. Eine *Fehlallokation* von knappen Mitteln (Geld, Sachmittel und Zeit), also Unwirtschaftlichkeit, wird aufgrund der bislang vorgetragenen Gedanken zum Normalfall, falls die durch die suggerierten Wünsche veranlassten Kaufentscheidungen nicht zu einer Befriedigung unserer Bedürfnisse führen.

Neben dieser intraindividuellen Unwirtschaftlichkeit im Rahmen des jeweils verfügbaren Budgets können unsere Entscheidungen aber auch im Hinblick auf Dritte zu suboptimalen Ergebnissen führen. Hiermit ist die Thematik angesprochen, dass Anbieter und Nachfrager im Rahmen ihrer individuellen (egoistischen) Nutzenpräferenzen zwar autonom handeln, das heißt jeden wirtschaftlichen Vorteilstausch (Geld gegen Ware) schließen sie alleine ab, aber von den Kauf-/Verkaufentscheidungen sind mittelbar Dritte betroffen, die nicht am Verhandlungstisch sitzen. Diese *erste ethische Dimension* der Selbstabstimmung umfasst die Konsequenzen für unsere Mitmenschen und unsere Mitnatur. Es geht hier beispielsweise um

- den Verbrauch knapper Ressourcen einschließlich der mit deren Förderung und Entsorgung verbundenen Umweltschäden

---

<sup>18</sup> Dass sich im Frühjahr 2015 ein deutsches Telekommunikationsunternehmen in einem Werbespot das Szenarium von scheinbar vor einem Laden übernachtenden jungen Menschen zunutze macht, um ein nicht ganz so angesagtes Handy zu vermarkten, halte ich bei halbwegs strenger Auslegung für einen Verstoß gegen das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb. Wir werden allerdings später noch sehen, dass Rechtsetzung und -befolgung gerade im wirtschaftlichen Bereich häufig zweierlei Dinge sind.

<sup>19</sup> Vgl. zu dieser Kennzeichnung der »psychologischen Masse« die grundlegenden Ausführungen von Le Bon, zum Beispiel S. 10 f. Auf S. 90 wird die Macht der Mode mit dem menschlichen Bedürfnis nach Nachahmung erklärt.

- die Schädigung oder Belästigung von Mitmenschen durch die Produktion und den Gebrauch der Güter – zum Beispiel in Form prekärer Arbeitsbedingungen oder durch eine übermäßige Lärm- und Abgasentwicklung.

Die unseren Kaufentscheidungen folgenden *Kosten/Schäden* müssten aber bei jeder rationalen Kosten-/Nutzenabwägung mitbedacht werden. Dies geschieht jedoch bestenfalls unvollständig, sei es, weil wir dies alles gar nicht wissen wollen (weil es unangenehm ist – zum Beispiel im Bereich der industriellen Nutztierhaltung) oder weil relevante und glaubwürdige Informationen gar nicht vorhanden oder nur mit erheblichem Aufwand zu ermitteln sind.

Eine darüber hinaus noch erweiterte Perspektive von Wirtschaftlichkeit bezieht, als *zweite ethische Dimension* einer freiheitlichen Selbstabstimmung, auch eine zum Eigenkonsum/-nutz alternative Verwendung knapper Mittel ein. Das Wirtschaftssystem ist Teil eines übergeordneten Gesellschaftssystems in Form einer auf menschlichen Grundrechten beruhenden Zivilgesellschaft, in der *Verteilungsgerechtigkeit* und Chancengleichheit fundamentale Ziele sind. Gelingt dem Wirtschaftssystem aus seinen Funktionsprinzipien selbst heraus keine hinreichende Annäherung an diese Ziele, dann erfordert eine wirtschaftlichere Ressourcenverwendung staatliche Eingriffe, sodass auf der einen Seite nicht Luxuskonsum und/oder übermäßige Vermögensanhäufung stattfindet, während am anderen gesellschaftlichen Rand Armut herrscht und wesentliche materielle Bedürfnisse nicht befriedigt werden können. Der eigennutzmaximierende Wirtschaftsmensch wird und kann diese Umverteilung aber nicht ohne weiteres freiwillig initiieren, sodass hier der über Steuern usw. regulierende Staat gefordert ist. Angesprochen ist damit freilich nicht nur das Problem der autonomen Mittelverwendung über Selbstabstimmung, sondern auch das des gesellschaftliche Wirtschaftlichkeit herstellenden staatlichen Eingriffs in die individuellen Eigentumsrechte.

Quer über die drei vorgetragenen Argumentationslinien hinweg ergeben sich somit, im weiteren Verlauf dieses Buchs zu konkretisierende, grundlegende Schwierigkeiten einer wirtschaftlichen Verwendung knapper Mittel. Beispielhaft und zugespitzt bis provokant oder auch zynisch ist die Problematik der optimalen Ressourcenverwendung in der Übersicht auf der folgenden Seite veranschaulicht. Hierbei zeigt sich die gesamte »Gnadenlosigkeit« *wirtschaftsethischer* Gedanken, denn jedwede Form der individuellen Verwendung knapper Ressourcen entzieht diese einer potenziell besseren beziehungsweise dringlicheren Allokation. In einer international verflochtenen, globalisierten Überflusswirtschaft wie der Unseren stellt sich diese universalethische Verteilungsproblematik in aller Schärfe. Die Ausblendung von Verteilungsfragen aus Wirtschaftlichkeitsüberlegungen ist genauso unsinnig wie unmöglich, aber wie soll der qua Vernunft und Moralbewusstsein zu solchen selbstquälereischen Gedanken befähigte Mensch nur damit umgehen?

## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

I. Problem der intraindividuellen Wirtschaftlichkeit	
Feuchtigkeitscreme Luxusmarkenprodukt – 100 ml: 14,50 Euro	Feuchtigkeitscreme Standardmarkenprodukt – 100 ml: 1,78 Euro
➤ Wirkungsunterschiede kaum zu beurteilen; dadurch hoher Spielraum für Hochpreispolitik und emotionale Produktaufladung mittels massiver Werbung	
II. Problem der Betroffenheit Dritter durch eigene Konsumententscheidungen	
Jeans für 4,99 Euro	Hergestellt in Bangladesch unter katastrophalen ökologischen und sozialen Bedingungen
➤ Ausblendung von Informationen durch Nachfrager und/oder Anbieter	
III. Problem der optimalen gesellschaftlichen Ressourcenverwendung	
»Star Wars Jumpsuit Stormtrooper«: 29,95 Euro <sup>20</sup> – »Dieser Einteiler verwandelt Dich in einen gemütlichen Stormtrooper.« (Originalzitat Anbieter)	Für über 1,6 Millionen Kinder in Deutschland – also jedes sechste Kind – beträgt der monatliche »Hartz IV Regelsatz« für Bekleidung und Schuhe je nach Alter zwischen 34,91 und 41,61 Euro. <sup>21</sup>
➤ Verteilungsgerechtigkeit durch staatliche Umverteilung	

### Rationalität und Wirtschaftlichkeit?

Die bislang praktizierten *Planwirtschaften*, bei denen das freiheitliche Prinzip der Selbstabstimmung größtenteils durch eine zentrale Koordination von Angebot und Nachfrage ersetzt wurde, waren gleichzeitig *Mangelwirtschaften*, das heißt sie führten erst gar nicht zu einer auch nur annähernd vergleichbaren Produktvielfalt und das materielle Versorgungsniveau war gesamtgesellschaftlich sehr bescheiden bis defizitär. Zwischen Überfluss und Mangel gibt es offenbar keinen »dritten Weg«.

Als *Zwischenfazit* ist bis hierhin folgendes festzuhalten: Der marktwirtschaftliche Souverän ist häufig alles andere als souverän (laut »Duden«: sicher und überzeugend), denn:

- Die emotionale, von den Anbietern bediente Seite des Souveräns der Marktwirtschaft ist vielfach Herr über den Verstand – das Angebot steuert die Nachfrage.
- Der Souverän müsste im Sinne eines rationalen und verantwortungsbewussten Verhaltens viel weiter, das heißt nicht streng egozentriert denken.

<sup>20</sup> Unzählige andere Artikel, »die man nicht braucht, aber unbedingt haben muss« (Originaltext eines Anbieters), findet man im Internet unter den Suchbegriffen »Gadgets« oder »Geeks« – eine Fundgrube des Konsumwahns. Aber wo fängt Überfluss und Verschwendung (also das Gegenteil von Wirtschaftlichkeit) an? Offenbar haben wir in unserer ach so wirtschaftlich arbeitenden und denkenden Gesellschaft kein belastbares und allgemein geteiltes Verständnis von dem, was man so leichtfertig als »Wirtschaftlichkeit« bezeichnet.

<sup>21</sup> Stand 2016 – [www.hartziv.org.regelbedarf.html](http://www.hartziv.org.regelbedarf.html); auch wenn dies für eine Minimalversorgung ausreichen sollte, so sind die mit diesen Beträgen anschaffbaren Güter weder sozial oder ökologisch besonders nachhaltig, noch sind sie dazu angetan, ihren Nutzern Chancengleichheit und Anerkennung in einer materialistischen Konsumgesellschaft zu verschaffen.

Rationales, das heißt Wirtschaftlichkeit förderndes Verhalten erfordert somit unter anderem eine Bewertung der Angebote unter weitestgehender Informationsrichtigkeit und -vollständigkeit; nachfolgend wird diese hehre Anforderung an das Prinzip der Selbstabstimmung näher ausgeleuchtet.

## 1.1.2 Informationsasymmetrien

Die Problematik der Informationsbeschaffung und -verarbeitung im Rahmen allgemeiner wirtschaftlicher Transaktionen lässt sich gut anhand der »Prinzipal-Agent-Theorie« explizieren.<sup>22</sup> Ausgehend von einer typischen Vertragssituation (Angebot und Annahme) zwischen einem Auftragnehmer (Agent/Unternehmen) und einem Auftraggeber (Prinzipal/Kunde) wird die Funktionsfähigkeit des Marktes anhand von nicht vermeidbaren *Informationsasymmetrien* in Frage gestellt. Diese ungleiche Informations-/Wissensverteilung führt unter anderem zu suboptimalen Entscheidungen beziehungsweise Friktionen im Marktgefüge, wobei meines Erachtens faktisch die beiden folgenden Asymmetrietypen von zentraler praktischer Relevanz sind.<sup>23</sup>

### (1) *Verborgene Eigenschaften*

Vor seiner Kaufentscheidung sind dem Kunden nicht alle relevanten Eigenschaften des Produkts bekannt. Dies trifft regelmäßig auf die qualitativen Merkmale eines Produkts zu; der Kunde ist hier in der Regel weder Fachmann noch hat er die Zeit und/oder die Möglichkeit, sich alle notwendigen Informationen zu beschaffen und sich mit diesen auseinanderzusetzen. Rein wirtschaftlich betrachtet würde der Versuch einer ausführlichen Informationsbeschaffung erhebliche *Transaktionskosten* (Zeitaufwand und zusätzliche Ausgaben) verursachen, welche die Kosten-Nutzen-Relation insbesondere bei niedrigpreisigen Gütern belasten bis kippen würde. Der hierdurch gebremste Konsum wäre dann das Ergebnis einer richtigen Wirtschaftlichkeitsrechnung. Da diese umfassende Informationsbeschaffung in der Konsumwirklichkeit zum Großteil aber nicht erfolgt, sind *rationale* Entscheidungen in komplexen Märkten ein frommer Wunsch. Haben wir uns dann erst einmal falsch für ein bestimmtes Produkt entschieden und entdecken im Gebrauch nach und nach seine mangelhaften verborgenen Eigenschaften, dann wird uns der Produktwechsel häufig genug dadurch erschwert, dass wir vertraglich oder technisch an das Produkt gebunden sind.

---

<sup>22</sup> Zum Folgenden im Überblick Wikipedia, Prinzipal-Agent-Theorie.

<sup>23</sup> Ich beziehe mich im Folgenden ausschließlich auf die Beziehungen zwischen einem Kunden (Prinzipal) und einem Unternehmen (Agent); grundsätzlich können mit der Theorie jedoch alle vertraglichen Beziehungen (zum Beispiel zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber) analysiert werden. Der Vollständigkeit halber sei ebenfalls darauf verwiesen, dass asymmetrische Informationen auch zulasten des Agenten gehen können (zum Beispiel, wenn ein zu Versicherender vertragsrelevante Informationen – etwa über seinen Gesundheitszustand – gegenüber einem Krankenversicherer zurückhält). Dass auch diese Form der Asymmetrie alles andere als ein Randthema ist, zeigt allein ein Blick auf die Branche der Auskunfteien, die dem Agenten vor Vertragsabschluss Informationen über die Zahlungsfähigkeit des Prinzipals zur Verfügung stellen – dem potenziellen Kunden glaubt man halt nicht.

## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

Mit Maßnahmen zur Kundenbindung, das heißt der Errichtung von *Wechselbarrieren*, beschäftigen sich Heerscharen von sogenannten »Marketern«, die dabei alles im Blick haben, nur nicht unsere Rationalität und Konsumfreiheit.<sup>24</sup> Im weiteren Sinne wird unsere konsumtive Freiheit auch durch irreparable Produkte, zum Beispiel aufgrund verklebter und damit nicht zerstörungsfrei trennbarer Bauteile, oder zu großer Verpackungseinheiten, etwa bei Medikamenten usw. und so fort, stark eingeschränkt – verborgene Entsorgungsprobleme inklusive. Und wer schon einmal auf einem Verkaufstraining war, bei dem es um den schnellen Abschluss geht, weiß, dass hier die Freiheit des Kunden durch die Schulung von mehr oder minder grenzüberschreitenden Tipps und Tricks mit Füßen getreten wird; das Verbergen negativer Produkteigenschaften und die Unterdrückung kritischer Rückfragen des potenziellen Kunden werden in solchen Schulungen geradezu kultiviert. Verbunden mit einem immer problematischen, weil auf Menge abzielenden Umsatzbeteiligungssystem wird hieraus dann gnadenlose Realität für Käufer und Verkäufer.

Vor dem Hintergrund nur schwer zu bewertender Produkteigenschaften wird auch die immense Bedeutung des Preises für marktwirtschaftlich organisierte Kaufentscheidungen transparent. Der *Preis* ist auf den ersten Blick für den Käufer erkennbar,<sup>25</sup> aber selbst hier spielen verborgene Eigenschaften eine (immer größere) Rolle. Man denke nur an das für Marketingstrategen weite Feld der »*versteckten Preise*« (Kaufpreis gering, Folgekosten für den Kunden hoch – zum Beispiel für Reparaturen und Ersatzteile).

Eine weitere Strategie zur Kundenverwirrung ist das Schnüren von Angeboten, die inhaltlich kaum mit denen der Wettbewerber vergleichbar sind – siehe zum Beispiel die sich ständig ändernde Preis- und Leistungsgestaltung bei Mobilfunkdiensten oder in der Versicherungsbranche; dies sind nur sehr offenkundige Beispiele, bei näherem Hinsehen sind etwa auch sehr viele Handwerkerangebote leistungs- und damit preisseitig kaum vergleichbar.<sup>26</sup> Unsere kognitiven Fähigkeiten stehen einmal mehr vor kaum überwindbaren Herausforderungen.

### (2) *Verborgene Handlungen*

Dieser Typ einer Informationsasymmetrie beschreibt den Sachverhalt, dass das Zustandekommen des Produkts oder der Dienstleistung, also der Leistungsprozess als solcher, für den Kunden nicht transparent ist. Der Kunde muss damit dem Hersteller mehr oder minder blind im Hinblick auf die Korrektheit der Leistungserstellung vertrauen. Zahllose medial verbreitete Fälle einer Ausnutzung der Intransparenz aufseiten des An-

---

<sup>24</sup> Ähnlich auch Kraigher-Krainer, S. 130 f. Als Beispiele für Kundenbindungsmaßnahmen beziehungsweise bewusst aufgebaute Wechselbarrieren sind dort genannt: patentrechtlich geschützte Kaffeekapseln, Druckerpatronen, Rasierklingen, die alle für den Betrieb der vorher billig gekauften Geräte überteuert gekauft werden müssen, oder im Kindesalter beginnende Marken- und Geschmackskonditionierungen, zum Beispiel durch »Fastfood-Ketten«.

<sup>25</sup> Der Produktpreis ist ein vielfach sehr unvollkommenes Substitut für echtes Produktwissen. Vgl. Trommsdorff, S. 84.

<sup>26</sup> Die Herstellung von Markttransparenz und damit die Stärkung von Verbraucherrationalität ist kein Anliegen von Unternehmen – ganz im Gegenteil; ähnlich auch Trabold, S. 365.

bieters deuten darauf hin, dass das Problem der verborgenen Handlung keinesfalls Einzelfallcharakter hat.<sup>27</sup> Neben einer Übervorteilung des Nachfragers in Form einer zwar abgerechneten, aber nicht erbrachten oder einer unnötigen Leistung birgt die hier betrachtete Kategorie von Informationsasymmetrien noch eine erweiterte unethische Dimension: Wenn der verborgene Leistungsprozess unter höchst prekären Arbeitsbedingungen und/oder ökologischen Umständen (Umweltbelastung) stattfindet, wären dies möglicherweise für immer mehr Kunden kaufentscheidende Informationen.

Unmittelbare Ableitung aus den beiden Hauptkategorien der Prinzipal-Agent-Theorie ist ein für die gebotene Intensität der rechtlichen *Marktregulierung* wesentliches Resultat: *Den Markt gibt es nicht*, die Selbstabstimmung funktioniert mal mehr, mal weniger gut und entsprechend müsste je nach Marktkonstellation sehr differenziert reguliert werden. Je nach Geschäftsfeld (Produkt-Kunden-Kombination) sind die Informationsasymmetrien und damit die marktwirtschaftlichen Friktionen höchst unterschiedlich. So sind zum Beispiel *Investitionsgütermärkte* völlig anders zu beurteilen als Konsumgütermärkte für den Privatverbraucher. Während sich bei Ersteren Fachleute gegenüber sitzen und miteinander verhandeln, ist das Informationsgefälle bei Letzteren wesentlich größer. Die Analyse und Bewertung der konkurrierenden Angebote setzt ein nicht unerhebliches *Qualifikationsniveau* aufseiten des Nachfragers voraus. Faktisch verhandeln Wirtschaftsprüfer auf der Angebotsseite mit wirtschaftlichen, juristischen und technischen Amateuren auf der Nachfrageseite des Marktes. Unverständnis in Verbindung mit einseitig geschönten Informationen sind sicherlich keine guten Zutaten für rationale Käuferentscheidungen.

Eine differenziertere Markt Betrachtung hätte man unseren marktregulierenden Regierungen vor allem für die *Kapitalmärkte* gewünscht. Grundsätzlich sind diese Märkte völlig anders zu sehen und zu regulieren als Gütermärkte, da auf Finanzmärkten »Produkte« gehandelt werden, die in ihrer preislichen Entwicklung von Informationen abhängen, die nahezu beliebig *manipulierbar* sind. Die unendliche Vielzahl von Finanzprodukten überfordert seit Langem vom Verständnis her die allermeisten potenziellen Anleger/Investoren. Diese eklatante Informationsasymmetrie (nebenbei: auch viele Finanzberater/-verkäufer verstehen nach meiner Erfahrung die eigenen Produkte nicht) gepaart mit den in der Branche üblichen Renditeerwartungen sowie der – wie wir 2008 (zu Beginn der sogenannten »Finanzkrise«<sup>28</sup>) schmerzhaft lernen mussten – »systemischen« Bedeutung von Banken ergibt nun wirklich eine hochbrisante Mischung. Insofern kann die seit den neunziger Jahren (unter anderem in den USA) einsetzende *Deregulierung* der Kapitalmärkte (zum Beispiel Abschaffung der Eigenkapital-Mindestreserve für Banken, Zulas-

---

<sup>27</sup> Nur exemplarisch: Autowerkstätten stehen unter dem Generalverdacht, der immer wieder durch entsprechende Testergebnisse geschürt wird, unnötige Reparaturen durchzuführen.

<sup>28</sup> Vgl. als kurzen Abriss der Entwicklung der Finanzkrise nur Herzog, Finanzmarktkrise, S. 8 ff. Im Frühjahr 2009 bezifferte die asiatische Entwicklungsbank das durch die Krise vernichtete Vermögen auf sage und schreibe fast 50 Billionen US-Dollar, was annähernd der gesamten globalen Wertschöpfung eines Jahres entspricht. Vgl. Miegel, S. 25.

## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

sung von Hedgefonds, Erleichterung der Kreditvergabe, namentlich bei Immobilienkrediten, Zusammenführung von Geschäfts- und Investmentbanken), welche als hauptursächlich für die Finanzkrise anzusehen ist,<sup>29</sup> vordergründig nur als dummdreistes politisches Husarenstück gekennzeichnet werden. Hintergründig betrachtet wird man den Vertretern der Kapitalmärkte wohl eine ausgezeichnete Lobbyarbeit attestieren müssen; auch eine Art von Informationsasymmetrie, diesmal jedoch zwischen Anbietern und Politik. Den Preis der Deregulierung müssen wir alle in Form der Vergesellschaftung der durch »too big to fail« Banken verursachten immensen Kosten bezahlen. Aber welche Lehren sollten wir im Hinblick auf die Gestaltung von Märkten aus der weiter schwelenden Finanzkrise ziehen oder allgemein gefragt, was sind die Treiber für unverantwortliches wirtschaftliches Handeln? Hier sind in erster Linie zu nennen:

- Das Auseinanderfallen von wirtschaftlicher Macht und den damit einhergehenden Bereicherungschancen auf der einen sowie persönlicher Verantwortung und *Haftung* auf der anderen Seite; im Bereich der hochspekulativen Finanzwirtschaft (»Investmentbanking«) haben wir es mit Anreizsystemen zu tun, welche die menschliche Gier durch surreal hohe Boni für einige wenige kultivieren, die Risiken aber auf die Allgemeinheit abwälzen.
- Die oligopolistische *Machtkonzentration* in den Händen weniger Anbieter impliziert hohe Missbrauchsmöglichkeiten und muss verhindert oder zumindest staatlich streng reguliert werden; in der Welt der ständig neu erfundenen und undurchschaubaren Finanzinnovationen (»Finanzderivate«) kann die Funktion der Marktberreinigung nicht dem Markt, also der regulierenden Auswahl von guten und schlechten Produkten durch den (überforderten) Kunden überlassen werden.<sup>30</sup>

Insgesamt hinterlässt die »Prinzipal-Agent-Theorie« ein düsteres Bild der wirtschaftlichen Lebenswirklichkeit: Eine Kultur des gegenseitigen *Misstrauens* zwischen Prinzipal und Agent überlagert die wirtschaftlichen Transaktionsbeziehungen. Maßnahmen zum Ausgleich von Informationsasymmetrien (Informationsbeschaffung über andere Kanäle, Vertrauensbildung durch sogenanntes »Signaling« – zum Beispiel durch Qualitäts- und Umweltzertifikate oder »Corporate-Social-Responsibility-Broschüren« usw. und so fort) verursachen auf beiden Seiten erhebliche Transaktions-/Bürokratiekosten.

Rein betriebswirtschaftlich betrachtet müssen diese zunehmenden »*Misstrauenskosten*« auf der Unternehmensseite durch Kosteneinsparungen bei den primären Wertschöpfungsprozessen kompensiert werden. Dieser Kostendruck geht dann (wieder einmal) zu-

---

<sup>29</sup> Vgl. Kocka, S. 118.

<sup>30</sup> Die externe, privatwirtschaftliche »Kontrolle« durch gerade mal drei weltweit agierende Ratingagenturen (»Moody's«, »Fitch« sowie »Standard & Poors«), welche die Finanzpapiere bewerten, war und ist aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtungen von Bewertern und zu Bewertenden eine Farce. Macht und Macht gesellen sich gerne; dass dieser Grundsatz auch für Allianzen von politischer und wirtschaftlicher Macht gilt, ist eine ernsthafte Bedrohung der Demokratie – vgl. hierzu weiter unten, S. 86 ff.

lasten der Arbeitnehmer in den Kernwertschöpfungsprozessen (zum Beispiel globalisierte prekäre Arbeitsbedingungen, Lohndumping) und/oder der Produktqualität (zum Beispiel durch den Einsatz minderwertiger Materialien) und/oder der ökologischen Umwelt (Externalisierung von Folgekosten der Produktion). Zudem ist ein von ständigem Misstrauen begleiteter Wirtschaftsprozess wohl auch kein für das Wirtschaftswachstum (Konsumfreude) günstiger Nährboden.

Die bisherige ökonomische Analyse der (Dys-) Funktionalität des Prinzips der Koordination des Marktes über Selbstabstimmung führt unter anderem zu dem Ergebnis, dass es einen erheblichen Unterschied zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlicher Rationalität im Kontext wirtschaftlichen Handelns geben kann, was ich als »*wirtschaftliches Rationalitätsparadoxon*« bezeichne. Während es zum Beispiel einzelwirtschaftlich im Zuge der (in der Regel kurzfristigen) Eigennutzoptimierung rational sein kann, seinen Konsum beziehungsweise seine Produktion auf das Billigste zu trimmen, hat dies gesamtwirtschaftlich betrachtet problematische Auswirkungen. Aber Erkennen ist eine, Handeln häufig eine andere Sache. Aber warum fällt es Mensch so schwer, sich wirklich vernünftig *und* verantwortungsvoll zu verhalten?

Dazu wurde bereits herausgearbeitet, dass es ihm zunächst auch schwer gemacht wird. Nicht nur, dass er als Käufer von der für seine Kaufentscheidungen notwendigen Informationsmenge her völlig überfordert ist. Darüber hinaus wird er von manchen/vielen Anbietern schlichtweg *manipuliert*: Produktinformationen werden zurückgehalten, geschönt, verzerrt, simple Produkte werden durch Werbung emotional aufgeladen usw. und so fort.<sup>31</sup> Im boomenden Bereich des Online-Marketing hat sich eine ganz neue Spielweise für Werbetreibende aufgetan; gekaufte »externe Links« und »Clicks« zum »pushen« der eigenen Website sowie manipulierte Kundenbewertungen sind über Insiderkreise hinaus bekannte Maßnahmen. Und es kommt noch »besser«: Über ein sogenanntes »Neuromarketing« sollen die Angriffe auf unser Unterbewusstsein optimiert werden. Ein neueres Betätigungsfeld der Werbewirtschaft ist auch das bereits begrifflich verräterische »virale Marketing«, in dessen Mittelpunkt eine im Internet verbreitete, nicht direkt als Werbung erkennbare Art von Mundpropaganda steht – das wird ja immer »besser«.<sup>32</sup>

---

<sup>31</sup> Wohlgermerkt sind dies nun wirklich keine bedauerlichen Einzelfälle. Es würde den Rahmen dieser Ausarbeitung bei weitem überfordern, hierzu an dieser Stelle eine Systematik solcher alltäglichen Informationsmanipulationen zu liefern. Im Kern geht es aber immer um eine mehr oder minder maßlose Überhöhung des Produkts (zum Beispiel in Form seiner vermeintlichen sozialen Bedeutung – Anerkennung usw.) beziehungsweise um eine Verschleierung möglicher Nachteile. Vor rund einer Stunde bin ich im Internet zufällig auf ein Modelabel mit der Bezeichnung »True Religion« gestoßen – oh mein Gott, lass Hirn vom Himmel regnen! Auch »schön« ist die Umgestaltung von Supermärkten zu »Laboren für angewandte Psychologie« mit »Kinderquengelzonen«, Lichtdesign in der Wursttheke (alles muss perfekt aussehen – man beachte in diesem Zusammenhang auch das Thema der ungeheuren Lebensmittelverschwendung), verkaufsfördernder Musikberieselung oder die mittels »Eye Tracking« optimierte Produktpositionierung in Verkaufsläden.

<sup>32</sup> Auf diese neuen, digitalen Marketingansätze wird noch in Kapitel IV, S. 431 ff., eingegangen.



## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

Weiterhin fragt sich jeder Mensch/Kunde, als »Tropfen im Ozean«, was er durch sein individuelles Kaufverhalten schon wirklich steuern beziehungsweise bewirken kann. Der »Souverän« der Marktwirtschaft fühlt sich ohnmächtig – er ist für sich betrachtet einfach »*to small to rule*« und verliert auch von daher, selbst wenn er sich für das Große und Ganze interessiert, die Motivation entsprechend zu handeln.

Diesen Abschnitt abschließend kann ich es mir nicht verkneifen, ein von den liberalen/radikalen Marktwirtschaftsvertretern immer wieder bemühtes, auf A. SMITH zurückgehendes »Bonmot« aufzugreifen, nämlich das von der »*unsichtbaren Hand des Marktes*«. <sup>33</sup> Gemeint ist damit eine durch Eigennutzmaximierung motivierte Selbstabstimmung zwischen Anbietern und Nachfragern, die den Markt immer wieder in Richtung gesellschaftlich erwünschter Gleichgewichtszustände lenkt; das heißt alles wird für alle gut, wenn jeder nur an seinen maximalen Nutzen denkt – wie harmonisch und falsch zugleich. Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen würde ich lieber von einer unsichtbaren, durch ein überfordertes und manipuliertes Hirn gesteuerten Hand des Nachfragers sprechen. Und wodurch wird die »unsichtbare Hand« auf der Angebotsseite des Marktes gesteuert?

### 1.2 Gewinnorientierung und Wettbewerb

Die in der Überschrift enthaltenen und im Folgenden näher zu kennzeichnenden Parameter einer kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung unterscheiden sich in ihrer Ausprägung/Stärke zumindest tendenziell im Hinblick auf

- unterschiedliche Unternehmensgrößen in Verbindung mit den Eigentumsverhältnissen (Abschnitt 1.2.1 – Unternehmenstypen)
- die relevante Wettbewerbssituation und die daraus resultierende strategische Ausrichtung der Unternehmen (Abschnitt 1.2.2 – Wettbewerbsstrategien).

#### 1.2.1 Unternehmenstypen

Die Entwicklung, Herstellung und Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen kann allgemein als Transformationsprozess von Inputfaktoren (Kapital, Rohstoffe, maschinelle und menschliche Arbeit, »freie« Umweltgüter) zu einem Output (Befriedigung

---

<sup>33</sup> Die Weltanschauung des großen Denkers, dass jeder nur seinen Eigennutz maximieren müsse, damit auch gesamtgesellschaftlich alles gut wird, ist wohl seiner religiösen Prägung geschuldet, die auf einer göttlichen »prästabilierten Ordnung« fußt. Vgl. Ulrich, Wirtschaftsethik, S. 178. Der Smith ebenfalls häufig zugerechnete »Laissez-faire-Kapitalismus«, das heißt die Forderung, dass der Staat sich aus allem Wirtschaften heraushalten sollte, ist ihm zumindest nicht in dieser extremen, marktradikalen Form zuzuschreiben. Er ging vielmehr von einer »Torheit der Politik« aus, der enge Grenzen zu setzen sind. Vgl. dazu Hirschman, Leidenschaften, S. 113. Schließlich mag das überschwängliche Lob des freien Marktes durch Smith der damaligen Übergangszeit vom repressiven Feudalismus zur Frühindustrialisierung geschuldet sein; die sich anschließende Massenverelendung in den Hochphasen der Industrialisierung hat er nicht erlebt. So Herzog, Verteidigung, S. 17. »Die unsichtbare Hand ist in Wirklichkeit jedoch vor allem deshalb unsichtbar, weil sie es gar nicht gibt ...« – Ulrich, Marktwirtschaft, S. 39.

von Kundenbedürfnissen) beschrieben werden. Innerhalb einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung befindet sich dieses Kapital nun in privater Hand, im Normalfall handelt es sich dann beim Kapitalgeber und beim Unternehmer um ein und dieselbe Person. In dieser *idealen* Grundkonstellation ist das Kapital nur Mittel zum Zweck und entwickelt kein Eigenleben.

Ich betreue seit Jahren Studierende, die nach Abschluss ihres Studiums eine berufliche Selbständigkeit, also die Gründung eines Unternehmens in Erwägung ziehen. Die Motive für dieses riskante Vorhaben sind vielfältig, aber das Thema Profitmaximierung spielt hierbei so gut wie keine Rolle. Ebenfalls für mich nicht feststellbar ist das vulgärmotivationale »Bedürfnis«, seine Kräfte im Wettkampf mit anderen messen zu wollen. Schließlich konnte ich auch noch nicht den häufig in unternehmerischen Festvorträgen oder Hochglanzbroschüren herausgestellten Antrieb »etwas für die Wirtschaft zu tun« oder »Arbeitsplätze zu schaffen« bei meinen Studierenden detektieren.<sup>34</sup> Hingegen waren und sind die Verwirklichung eigener, mehr oder minder innovativer Ideen sowie die Weiterentwicklung von persönlichen Fähigkeiten bei gleichzeitiger Erzielung eines ausreichenden Einkommens die zentralen Triebfedern des Unternehmers von morgen. Natürlicherweise ändern sich dann im Falle einer erfolgreichen Unternehmensentwicklung die Vorstellungen von einem »ausreichenden« Einkommen und die Gewinnorientierung kann je nach Unternehmerpersönlichkeit mehr oder minder verhaltensrelevant/dominant werden.

Grundsätzlich ist die Perspektive in kleinen/mittelständischen *Familienunternehmen* eher langfristiger Natur (Vererbung des Unternehmens), das heißt nicht so sehr auf den schnellen Profit ausgerichtet. Zudem sind solche Unternehmen stark in einen lokalen/regionalen Kontext eingebunden und unterliegen von daher einer quasi-öffentlichen Aufsicht.<sup>35</sup> Wohlgemerkt ist der hier beschriebene Unternehmenstyp charakteristisch für die, zum Großteil mittelständisch organisierte, deutsche Wirtschaft. Wenn man allerdings die gesellschaftliche, medial dargebotene Diskussion über »die Wirtschaft« verfolgt, so gewinnt man den Eindruck, dass diese nur in den großen, global handelnden und anonymen 30 »DAX-Konzernen« stattfindet.

Bei der zweiten Form von Unternehmen, die durch eine zumindest partielle *Trennung* von Kapitalgebern und Unternehmer gekennzeichnet sind, ist die Gewinnorientierung schon anders zu sehen. Hierbei handelt es sich vielfach um erfolgreiche Familienunternehmen, die aber für weiteres Wachstum zusätzliches Eigen- und Fremdkapital benötigen oder um bereits große *Kapitalgesellschaften*, die ihre allzu oft überzogenen, risikoreichen Wachstumspläne nur durch die Mobilisierung zusätzlichen Kapitals realisieren können. Es gibt dann in aller Regel keinen klassischen Unternehmer mehr, sondern ein angestelltes Management, welches im Wesentlichen die Ziele der Eigenkapitalgeber

---

<sup>34</sup> Die auch außerhalb von Gründungsszenarien immer wieder angeführte Schaffung/Sicherung von Arbeitsplätzen als unternehmerisches Motiv und gleichzeitig moralische Erhöhung unternehmerischen Handelns ist hochpeinlich. Wie jeder Betriebswirtschaftsstudent ab dem ersten Semester weiß, ist Arbeit neben Kapital ein unverzichtbarer Produktionsfaktor und eben kein Selbstzweck.

<sup>35</sup> Vgl. ähnlich auch Crouch, Neoliberalismus, S. 75.

## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

(von deren Zufriedenheit das Management ja »existenziell« abhängt) umzusetzen versucht. Diese Ziele gehorchen aber nun weitaus mehr der (kurzfristigen) *Renditemaximierung*; was versteht ein anonymer Kapitalanleger schon von der Entwicklung und Produktion von Automobilen, was interessieren ihn die Arbeitnehmer (er kennt sie gar nicht), wo ist sein Interesse am oder gar seine Leidenschaft für das Unternehmen, wo seine Verantwortung, wo seine Haftung? Letztere ist beschränkt auf seine Kapitaleinlage und somit handelt er rational, wenn er dieses Risiko nur mit den Renditeerwartungen anderer (beliebiger) Unternehmensbeteiligungen abwägt. Die durchschnittliche Haltedauer von Unternehmensanteilen/Aktien hat sich dann auch in den letzten Jahrzehnten dramatisch verkürzt.<sup>36</sup>

Innerhalb solcher Kapitalanlageunternehmen sind die *multinationalen Großkonzerne* die zumindest vorerst letzte Stufe einer wirtschaftlichen und damit politischen Machtkonzentration. Die »Global 500« weisen seit Jahren ein deutliches Umsatz- und Gewinnwachstum auf und kontrollieren ungefähr die Hälfte (!) der globalen wirtschaftlichen Wertschöpfung.<sup>37</sup> Die organischen Grenzen des Wachstums, also unternehmerisches Wachstum aufgrund einer Vergrößerung der Nachfrage, sind insbesondere diesen sogenannten »Global Players« viel zu bescheiden, sodass Wachstum über mehr oder minder freundliche Übernahmen von in der Regel mittelständischen Unternehmen organisiert wird. Tagtäglich erfahren wir in der Wirtschaftspresse von globalen Aufkäufen durch »Google«, »SAP«, »Siemens« & Co.<sup>38</sup>

Der vonseiten der Wirtschaftsvertreter ja immer so idealisierte freie Markt und Wettbewerb wird hierdurch, also durch die Wirtschaft selber, paradoxerweise weitgehend ausgehebelt – und dies in zweifacher Hinsicht:

- Die wirtschaftliche Machtkonzentration begrenzt die Wahlfreiheit der Nachfrager und versperrt den Marktzugang für neue Unternehmen; diese können bestenfalls noch Nischen besetzen und werden bei Erfolg von den marktbeherrschenden Unternehmen einfach geschluckt. Das Marktbeeinflussungspotenzial, zum Beispiel in Form von Werbung, dieser Wirtschaftsgiganten ist riesig, sodass am Ende auch qualitativ schlechte Produkte in den Markt gedrückt werden können.
- Transnationalität und Größe dieser Unternehmen verstärken deren politische Macht erheblich. Diese Unternehmen sind höchst flexibel, was den globalen Auf- und Ab-

---

<sup>36</sup> Im Jahr 1980 hielten Aktionäre ihre Anteile durchschnittlich knapp zehn Jahre. Demgegenüber lag die durchschnittliche Haltedauer 2012 bei nur noch gut neun Monaten. Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung. Eingeschlossen sind hierin wohl nur private »Kleinaktionäre«.

<sup>37</sup> Vgl. Wagenknecht, S. 124, unter Berufung auf die einmal jährlich vom »Fortune Magazin« veröffentlichten Daten zu den »Global 500«.

<sup>38</sup> Ausgehend von einem Wert der übernommenen Unternehmen in Höhe von rund 151 Milliarden US-Dollar im Jahr 1990 wurde 2000 ein Spitzenwert von rund 1.144 Milliarden US-Dollar erreicht; im Jahr 2005 betrug der entsprechende Wert 716 Milliarden US-Dollar. Entnommen aus ICC Deutschland e.V./Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Wettlauf, S. 160. Im Jahr 2007 kam es dann aufgrund von Finanzierungserleichterungen, Syndikatsbildung usw. zu einem Spitzenwert von 4.700 Milliarden US-Dollar, der sich bis 2010 auf 2.400 Milliarden US-Dollar zurückentwickelte. Vgl. Sukdhev, S. 178 f.

bau von Standorten betrifft und werfen diese Flexibilität gerne in die politische Waagschale. Die Mobilität des Kapitals schlägt sich sprichwörtlich und insbesondere in Zeiten der liberalisierten Finanz- und Kapitalmärkte in seiner immer wieder gern erzählten Analogie vom »scheuen Reh« nieder, welches nur dort äst, wo es die fettesten Weiden vorfindet und ansonsten in Ruhe gelassen wird. Unsere Rehe, besser »Platzhirsche«, treffen hierbei auf politische Vertreter, die in ihrer eigenen Sachzwanglogik von Wachstumsförderung und Arbeitsplatzaufbau gefangen und dem globalen Wettbewerb um die günstigste Standortpolitik, zum Beispiel durch geringe wirtschaftliche Regulierungen, ausgeliefert sind.<sup>39</sup> Die so durchgesetzten Sonderkonditionen beziehungsweise direkten oder indirekten Subventionen für multinationale Großkonzerne graben mittelständischen Unternehmensstrukturen zunehmend das Wasser ab.

»Das bedeutet keineswegs, dass Marktgiganten per se böse sind; glücklicherweise, da unser Wohlstand ohne sie kaum möglich wäre. Es bedeutet allerdings auch, dass sie der Souveränität des Verbrauchers und den Kräften des freien Marktes in deutlich geringerem Maße unterworfen sind, als die neoliberale Rhetorik uns glauben machen will.«<sup>40</sup>

»Böse« oder nicht sei hier einmal dahingestellt – mäßige/berechtigte oder unmäßige/unberechtigte Kapitalinteressen scheinen mir hier die treffenderen Attribute zu sein. Worauf es mir aber ankommt ist die Feststellung, dass wir es im Rahmen dieser globalen Entwicklungen anscheinend mit lauter zwanghaft *Getriebenen* zu tun haben. Dieser kollektive Zwang sei durch die Abbildung auf der nächsten Seite illustriert.

In diesem Schema denkt jeder für seinen Entscheidungsbereich und vor allem für sich selber streng wirtschaftlich nutzenorientiert. Niemand denkt jedoch an das Große und Ganze und auch nicht nachhaltig. Der zumindest gedanklich mögliche Fluchtweg aus diesem Zwangsdilemma besteht in einem bescheideneren, an der Sicherung allgemeiner Grundwerte orientierten Kapital. Hierfür könnten sich die kleinen und großen Kapitalgeber einfach mit den folgenden Fragen auseinandersetzen:

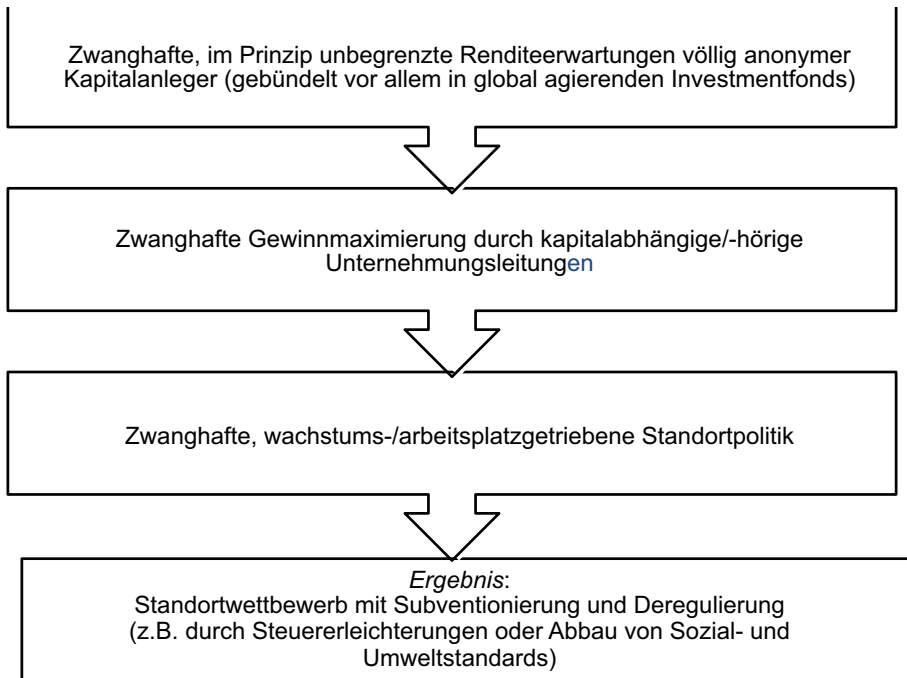
- Wie stufen wir unsere Renditeerwartungen wertmäßig im Vergleich zu den vitalen Interessen derer ein, die diese Gewinne erarbeiten – oder denken wir (die Kapitalgeber), dass es hier keine Konflikte gibt. Dabei war das Verhältnis von Kapital und menschlicher Arbeit schon immer ambivalent, das heißt sowohl pro- als auch antagonistisch: Zum einen schafft und sichert Kapital Arbeitsplätze, zum anderen stellt es diese, aufgrund seiner wettbewerbsgetriebenen Vermehrungsgier, ständig in Frage.
- Wo, wofür und unter welchen Bedingungen wird unser Kapital eigentlich eingesetzt und wie ist es dort im Hinblick auf Arbeitsbedingungen, Umweltschutz oder allgemeine Menschenrechte bestellt?

---

<sup>39</sup> Vgl. zum Ganzen auch ausführlich Ulrich, Marktwirtschaft, S. 149 ff.

<sup>40</sup> Crouch, Neoliberalismus, S. 82 f.

## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft



### Zwänge im globalen Wettbewerb

Mit der Abgabe unseres Ersparnis am Bankschalter oder dessen monatliche Einzahlung in einen Pensions- oder andere anonyme Investmentfonds kann es also bei Weitem nicht getan sein.

Selbstverständlich finden sich solche, in der obigen Abbildung dargestellten, ökonomistischen Denkwänge zumindest im Grundsatz auch in kleineren wirtschaftlich-politischen Zusammenhängen. So bin ich zum Beispiel nicht davon überzeugt, dass der Bauunternehmer im Rat meiner Gemeinde dort ausschließlich in Ausübung des Gemeinwohlinteresses sitzt. Seine wirtschaftliche Mobilität ist nur ungleich geringer und seine persönliche Einbindung in den Lebenskontext seines Wirtschaftsraums weitaus höher als die eines »Global Players«. Darüber hinaus ist er, ebenfalls im Gegensatz zu den Lobbyisten der Großunternehmen, im Rahmen eines demokratischen Verfahrens in diese nicht ganz uneigennütige *Machtposition* gelangt.

Diesen Abschnitt zusammenfassend sei festgehalten, dass private Unternehmen sehr vielgestaltige Gebilde sind und die Schwankungsbreite für das Maß der Profitorientierung sowohl von individuellen Unternehmereigenschaften und -zielen als (und insbesondere) auch davon abhängt, ob das Risikokapital (Eigenkapital) von echten Unternehmern oder von anonymen, haftungsbeschränkten und eher kurzfristig orientierten Kapitalgebern bereit gestellt wird. In beiden Fällen ist allerdings eine wie hoch auch immer gearbete Gewinnerzielung und Kapitalverzinsung nur durch eine erfolgreiche Behauptung

des Unternehmens gegenüber den Wettbewerbern möglich; die hierfür grundsätzlich in Frage kommenden Strategien seien im Folgenden systematisiert.

## 1.2.2 Wettbewerbsstrategien

Nach gängiger Lehre ist der Wettbewerb zwischen möglichst vielen Anbietern/Unternehmen<sup>41</sup> die entscheidende Kraft für die stetige wirtschaftliche Weiterentwicklung in Richtung Wirtschaftswachstum sowie besserer Dienstleistungen und Produkte. Der Wettbewerb kann über verschiedene, unternehmerisch disponible Stellgrößen geführt werden – zum Beispiel:

- Entwicklung von völlig neuen Angeboten oder von Verfahrensinnovationen in der Wertschöpfungskette (Produktion, Logistik, Vermarktung usw.); durch echte Innovationen können bislang nur schlecht bediente Kundenbedürfnisse befriedigt werden. Davon zu unterscheiden sind sogenannte »Scheininnovationen«, die rein marketinggetrieben sind und sich in einer Variante durch nur geringfügige Modifikationen – ohne Steigerung des Nutzwerts – des alten Produkts auszeichnen (zum Beispiel viele Softwareupdates, die x-te neue Waschmittelformel, neue Medikamente usw.) Viele dieser »Neuerungen« sind hauptsächlich der Absatzmarktbearbeitung geschuldet, um wieder mal etwas »Neues« präsentieren zu können.<sup>42</sup>
- Verbesserung der Qualität des bestehenden Angebots
- Optimierung der Kostenstrukturen, als Voraussetzung für günstigere Preise
- Verknappung der Angebotsmenge durch Kapazitätsabbau (mit entsprechenden Arbeitsplatzverlusten)
- bessere Kundendienstleistungen
- Steigerung der Wahrnehmung des Angebots beim Kunden (in der Regel durch Intensivierung der Werbung)
- Eintritt in neue, ausländische Märkte – entweder über Direktexporte, Kooperationen mit dort ansässigen Unternehmen etwa im Rahmen eines »Joint Ventures« oder Gründung eines ausländischen Tochterunternehmens.

Alle diese Maßnahmen sind marktwirtschaftlich erwünscht, da sie potenziell geeignet sind, neue Nachfrage zu generieren beziehungsweise Märkte in einen Gleichgewichtszustand zu führen. Ein solcher Zustand ist aufgrund der Tatsache, dass der Marktzugang

---

<sup>41</sup> Das beidseitige Polypol (sehr viele unabhängige Anbieter und Nachfrager) wird nach allgemeiner Auffassung als marktwirtschaftlicher Idealzustand angesehen.

<sup>42</sup> Der Verfasser ist vor Kurzem einer solchen massenmedial beworbenen Scheininnovation aufgesessen; für immerhin 50 Euro erwarb ich einen »Unkrautstecher«, der sich als weitgehend unpraktikabel erwies, sodass ich wieder auf die gute, seit Jahrtausenden bewährte »Messertechnik« zurückkam. Dieses Beispiel ließe sich selbstverständlich beliebig replizieren und dieser »Konsumunfug« kann auch nicht mit der Argumentation gerechtfertigt werden, dass hierdurch Arbeitsplätze gerettet werden. Eine weitaus nutzenstiftendere Kapitalverwendung wäre zum Beispiel in der Altenpflege oder der Bildung gegeben.

## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

für neue Wettbewerber frei ist,<sup>43</sup> aber immer nur ein theoretischer Moment, denn neue Anbieter dringen ständig – gerade vor dem Hintergrund einer globalisierten Wirtschaft – mit identischen oder nur geringfügig modifizierten Produkten/Dienstleistungen in etablierte, das heißt weitgehend gesättigte Märkte ein. Die marktwirtschaftlich-modelltheoretische Vorstellung, dass sie dies aufgrund der Marktstagnation nicht tun, ist ein mit der Realität häufig nicht übereinstimmendes Konstrukt, da dies eine vor Markteintritt vollkommene Information aufseiten der neuen Anbieter voraussetzen würde. Sollten aufgrund von Fehleinschätzungen zu viele Anbieter auf dem Markt sein, wäre es äußerst naiv zu glauben, dass sich die schwachen Unternehmen friedlich aus dem Markt verabschieden werden; im »Überlebenskampf« ist die Wahl der Mittel häufig wenig fair. Ein stationärer beziehungsweise *befriedeter* Markt ist bei freiem Wettbewerb nicht zu erwarten.

Innerhalb etablierter/gesättigter Märkte, also der für wirtschaftlich hochentwickelte Volkswirtschaften typischen Marktkonstellation, gilt es das unternehmerische Angebot ständig zu optimieren und so die eigene Überlebensfähigkeit zu sichern. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht gibt es hierzu zwei generische Strategietypen.<sup>44</sup> Erstens führt dieser Weg über eine *Strategie der Kostenführerschaft* und zweitens über eine *Differenzierungsstrategie*.

### (1) *Kostenführerschaft*

Im Rahmen dieses Strategietyps gilt es gegenüber dem Wettbewerb signifikante Kostenvorteile zu erreichen, um diese dann (zumindest teilweise) an den Kunden in Form relativ niedriger Preise weitergeben zu können. Es liegt auf der Hand, dass im Rahmen dieses Strategietyps Maßnahmen im Mittelpunkt stehen, welche die Hauptkostenarten eines Unternehmens (insbesondere Löhne und Materialeinsatz) einer kritischen Betrachtung unterziehen. Die korrespondierenden Maßnahmen lassen sich vornehm mit Formulierungen wie »Outsourcing« von Wertschöpfungsprozessen<sup>45</sup> (zum Beispiel die Verlagerung der Produktion in »Billiglohnländer«) oder Optimierung von Logistikprozessen (drücken von Einkaufspreisen, Minimierung der Materialqualität, der Transportkosten usw.) umschreiben. Primär lässt sich dieser Strategietyp eher in größeren Unternehmen

---

<sup>43</sup> Der größtenteils völlig unregulierte, das heißt freie Marktzugang soll die erwünschte Wettbewerbsdynamik sicherstellen. Insofern ist es zumindest nachvollziehbar, dass man Unternehmer (also eine Person mit hoher Verantwortung für »Dritte«) in der Regel ohne jeglichen Qualifikationsnachweis werden kann, während man sonst in dieser Gesellschaft für so gut wie alles, von dem Dritte betroffen sein könnten, eine behördliche Genehmigung benötigt (zum Beispiel Angeln, einen Carport bauen, Straßenmusik, im Park grillen usw. und so fort).

<sup>44</sup> Vgl. zum Folgenden ausführlich Porter, Wettbewerbsvorteile, S. 93 ff.

<sup>45</sup> Ein »schönes« Beispiel ist etwa der Markt für Nordseekrabben, der wohl nur in diesem Ausmaß »funktioniert«, weil die in deutschen Küstengewässern geernteten Meerestiere innerhalb einer perfekt organisierten Logistikkette zunächst nach Nordafrika zum Puhlen (unter problematischen Produktionsbedingungen) und zur Konservierung (mit womöglich gesundheitsschädlichen Mitteln) und dann wieder zurück in Zwischenlager verfrachtet werden, um dann über den Lebensmittel-discounter endlich auf dem Tisch des deutschen Verbrauchers zu landen, der es ja schließlich so haben will – wirklich so?

mit einer entsprechenden Nachfragemacht (»Economy of Scales«) und ausreichenden Kapitalausstattung umsetzen. Aufgerufen sind damit insbesondere die »Global Player« (oder solche Unternehmen mit entsprechenden Wachstumsphantasien), die von anonymen Kapitalgebern zu immer mehr Rendite getrieben werden. Aber auch bei vielen Klein- und Kleinstunternehmen ist der Wettbewerbsdruck so hoch, dass eine Existenzsicherung nur durch absolute Kampfpfeile zu gelingen vermag.<sup>46</sup>

Im Zusammenhang mit einem über die Unternehmenskosten und damit die Produktpreise geführten Wettbewerb soll noch auf eine besondere Problematik des heute üblichen Wirtschaftens hingewiesen werden – die *Externalisierung* von Kosten zulasten der Allgemeinheit. Jeder angehende Betriebswirt lernt, dass zur Preisfindung unter anderem eine verursachungsgerechte Kostenkalkulation zu erfolgen hat, das heißt *alle* von dem Produkt (dem Kostenträger) verursachten Kosten sollten diesem auch zugeordnet werden. Angesprochen sind hier vornehmlich die *Umweltverbrauchskosten*, also die durch die Erzeugung von Produktangeboten belasteten Allgemeingüter (Luft, Wasser, landschaftliche Ressourcen usw.), aber auch die auf die Allgemeinheit ausgelagerten Schäden wie (gesundheitsschädliche oder nur störende) Lärmbelästigungen, zum Beispiel durch betriebswirtschaftlich optimierte Logistikprozesse (Transport).<sup>47</sup> Ein Versuch solche externen Kosten zu internalisieren, ist die marktwirtschaftliche Konstruktion des Emissionsrechtehandels, wonach Industrieunternehmen sogenannte »Verschmutzungsrechte« für ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß erwerben müssen.<sup>48</sup> Über alle letztlich weder im Hinblick auf die Anzahl geschweige denn die Kosten quantifizierbaren Belastungen der Allgemeinheit betrachtet, ist dieses Beispiel aber ein Ausnahmefall, sodass viele relevante Kosten beziehungsweise Schäden – häufig auch kurz als sogenannte »Externalitäten« bezeichnet – gar nicht in die Produkte eingepreist werden.<sup>49</sup> Im Zuge der »Globalisierung« kann diese Externalisierung von Umweltkosten innerhalb einer Strategie der Kostenführerschaft noch dadurch perfektioniert werden, dass Unternehmen aus Ländern mit relativ hohen Umweltstandards und -auflagen ihre Produktionsstandorte in Entwicklungs- oder Schwellenländer verlegen.

---

<sup>46</sup> Angesprochen ist hier beispielsweise das Sub(Sub- usw.)auftragnehmergeschäft in der Baubranche (mit Hilfe ausländischer Arbeitskräfte), Handwerkerdienste (verramscht zum Beispiel unter »myhammer.de«) oder die Selbstausbeutung in vielen freien Berufen, insbesondere in der sogenannten »Kreativwirtschaft« (Design, Musik, Architektur). Der Ausdruck »Generation Praktikum« gehört hierzulande schon zum fest etablierten Sprachgebrauch.

<sup>47</sup> Die Schäden in Form einer erheblich reduzierten Lebensqualität unzähliger Menschen, die tagtäglich von tausenden von vorbeidonnenden Nutzfahrzeugen (oder Flugzeugen) genervt werden, sind nur schwer kalkulierbar, aber sie sind enorm und deshalb und im Sinne des »Fort-schritts« versucht man es wohl gar nicht erst.

<sup>48</sup> Vgl. dazu grundlegend nur Wikipedia, Emissionsrechtehandel. Die Alternative zu diesem marktwirtschaftlichen Ansatz wäre eine Belastung der Verursacher über Steuern gewesen.

<sup>49</sup> Aber es kommt noch ärger: Soweit diese nicht von den Verursachern getragenen Kosten/Schäden auf Kosten der Allgemeinheit repariert werden, also etwa in Form von Gesundheitsleistungen für Luft- (zum Beispiel Feinstaub-) oder Lärmgeschädigte, gelangen diese Kosten in positiver Form in das Bruttoinlandsprodukt, also dem zentralen »Wohlstandsindikator« unserer Volkswirtschaft – siehe dazu weiter unten, S. 141 ff.



## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

Die angebotenen Preise sind also zu niedrig und können damit nicht die für die Funktionsfähigkeit eines marktwirtschaftlichen Systems essentiellen, richtigen Preissignale als Grundlage rationaler Kaufentscheidungen setzen – das Preisschild lügt.<sup>50</sup> Der betriebswirtschaftlichen Kernforderung von *Wirtschaftlichkeit* als Vernunftsprinzip zur Vermeidung eines verschwenderischen Umgangs mit knappen Ressourcen läuft diese Vernachlässigung relevanter Kostengrößen diametral entgegen – die Wirtschaft missachtet ihre eigenen Gesetze.

### (2) Differenzierung

Im Rahmen einer Differenzierungsstrategie zielt ein Unternehmen darauf ab, andere Merkmale als den niedrigen Produktpreis als kaufentscheidend in den Vordergrund zu stellen, wobei selbstredend auch hier die Kostenseite unter ständigem Druck steht – aber grundsätzlich gilt nach wie vor »Qualität hat ihren Preis«. Der primäre strategische Fokus liegt hier auf dem Versuch, sich durch qualitative Merkmale einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Damit geht es um Punkte wie Zuverlässigkeit, Sicherheit, Funktionalität, Design, Service, Reparaturfreundlichkeit usw. und so fort. Solche Differenzierungsmerkmale führen im Idealfall zu einer Alleinstellung und damit einem signifikanten Wettbewerbsvorteil für den Anbieter. In der Management-Rhetorik ist hier seit Jahren die Rede von dem sogenannten »USP« (Unique Selling Proposition), aber geredet wird in diesem Genre viel. In übervollen Märkten ist die Entwicklung eines den Kunden überzeugenden »schlagenden Verkaufsarguments« kaum mehr möglich. Was sind denn beispielsweise objektive und wichtige Alleinstellungsmerkmale der Produkte von »Mercedes-Benz« gegenüber denen von »Audi« oder »BMW«? Dabei sind wohl in allen drei Großunternehmen tagtäglich unzählige und bestbezahlte Führungskräfte sowie Spezialisten auf der Suche nach solchen Merkmalen. Dann bleibt wohl nur noch, sich durch allerhand »Marketing-Tralala« von der Konkurrenz unterscheidbar zu machen beziehungsweise »abzuheben«. Wettbewerb und Nutzen beziehungsweise sinnvolle Mittelverwendung (*Wirtschaftlichkeit*) driften auseinander.

Die für den Kunden sicht- und erlebbare Qualität repräsentiert aber immer nur die eine Seite der Medaille. Kritische Kunden interessieren sich auch immer mehr für das Zustandekommen der Produkte, das heißt aus welchen Vormaterialien entstehen diese, unter welchen Produktionsbedingungen wurden sie gefertigt, wie sieht die *Ökobilanz* über den gesamten Produktlebenszyklus betrachtet aus – auch dies sind qualitative Merkmale, mit denen sich Unternehmen zumindest geringfügig differenzieren könn(t)en. Die hier beschriebenen Ansatzpunkte für langfristig erfolgreiches Wirtschaften entsprechen dann schon vergleichsweise wesentlich besser dem seit Langem inflationär gebrauchten Begriff der »*Nachhaltigkeit*«.

---

<sup>50</sup> Zur Verzerrung von Marktpreisen durch Spekulation oder die mangelnde Berücksichtigung von Umweltkosten vgl. auch Stiglitz, J.: Fall, S. 355, der unter anderem deshalb eine »Erneuerung der Wirtschaftswissenschaften« fordert – ebenda, S. 303.

Die bislang skizzierten betriebswirtschaftlichen Maßnahmenfelder innerhalb der beiden Grundstrategien, Kostenführerschaft und Differenzierung, sollten zumindest einen Eindruck über die Komplexität und Vielfalt möglicher Wettbewerbsformen vermitteln. Die hiermit verfolgten Zielsetzungen reichen dabei von der bescheidenen Existenzsicherung über eine auskömmliche Gewinnerzielung bis hin zur ungezügelten Profitmaximierung. Auch hier muss wieder einmal eine Schlussfolgerung lauten, dass bei der Betrachtung von Unternehmen Verallgemeinerungen schlichtweg fehl am Platz sind. Die in bestimmten Kreisen anzutreffende Kennzeichnung von der Wirtschaft als »Quelle alles Bösen« ist ebenso absurd/realitätsfern, wie deren Umkehrung. *Die Unternehmen/Wirtschaft gibt es nicht.*

Eine Tendenz kann man für den Wettbewerb in etablierten Märkten meines Erachtens aber schon ableiten: Gesellschaftlich problematische einzelwirtschaftliche Maßnahmen, die im Kern in der Strategie der Kostenführerschaft zu verorten sind, werden umso wahrscheinlicher, je *intensiver* der Wettbewerb in einem Marktsegment geführt wird. Gegenüber den kreativen, produktverbessernden, aber tendenziell auch preistreibenden Differenzierungsmaßnahmen sind Billigpreise dem Eigennutz maximierenden Kunden direkter kommunizierbar und damit wirkungsvoller – ein Blick auf das Preisschild genügt; das dahinter *verborgene Elend* bleibt im Dunkeln (siehe zu den »versteckten« Handlungen und Produkteigenschaften weiter oben, S. 26 ff). Über Niedrigstpreise treten auch immer mehr neue Anbieter, insbesondere aus Schwellen- und Entwicklungsländern, in den Markt, denen schlichtweg das Kapital und/oder das Know-how für nützliche Produktverbesserungen fehlt. Gleichgewichtspreise stellen sich nur auf niedrigstem Niveau ein – die sogenannte »schöpferische« wird zu einer »mörderischen« Zerstörung.<sup>51</sup>

In einem marktwirtschaftlichen System sind weder Grenzen der Profitorientierung noch des Wettbewerbs eingezogen. Die »Besten« setzen sich durch und werden abgelöst von noch Besseren (oder auch nur Aggressiveren beziehungsweise Rücksichtsloseren), die auch ein Stück vom Kuchen haben möchten. Ausruhen ist »tödlich« – immer mehr Wettbewerb beflügelt die Anbieter (Unternehmer und »deren« Arbeitnehmer) zu immer mehr Anstrengung, um nicht unterzugehen, aber kann und sollte dies wirklich immer so weitergehen und übersteigen die Nachteile eines solchen Wirtschaftens nicht irgendwann die Vorteile?

Hier schimmert das darwinistische Selektionsprinzip (»Survival of the Fittest«) durch, welches marktwirtschaftlich zu Ende gedacht, zu immer mehr Konzentration von Wirtschaftsmacht bis hin zur vollständigen Monopolisierung, das heißt einer sukzessiven Zerstörung und schlussendlichen Beendigung des Wettbewerbs führt. Eine solche Tendenz zur Monopolisierung können wir seit einigen Jahrzehnten etwa im Einzelhandel feststellen. Im Bereich der Evolutionsbiologie muss man diese natürliche Auslese wohl

---

<sup>51</sup> Die Formulierung »schöpferische Zerstörung« beschreibt die Verdrängung alten Produktivkapitals aufgrund von Verfahrens- und Technologieinnovationen und steht im Mittelpunkt der Entwicklungsdynamischen Wirtschaftstheorie des österreichischen Ökonomen J. A. Schumpeter (1883 - 1950).

## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

als naturgegeben akzeptieren, auch wenn sie einem aufgrund der zutiefst menschlichen Eigenschaft der Mitleidsfähigkeit mit dem Schwächeren («Moralreflex») unsympathisch ist. Im Hinblick auf das soziokulturelle Konstrukt des wirtschaftlichen Wettbewerbs kann und sollte der rationale Mensch allerdings dann intervenieren, wenn die wettbewerbliche Auslese unfair vonstatten geht, das heißt gegen moralische und juristische Regeln verstößt. Der blinden Durchsetzung der eigenen Interessen durch rücksichtsloses, das heißt unsoziales Verhalten ist im Sinne des Gemeinwohls und damit einer langfristigen Akzeptanz der Marktwirtschaft vonseiten der Wirtschaftsbürger unbedingt Einhalt zu gebieten.

Wir schauen uns dazu im Folgenden die grundsätzlichen Bemühungen des Staates/Gesetzgebers an, der einen *fairen* Wettbewerb in die wirtschaftlichen Akteure hinein regulieren möchte.

### 1.3 Regulierung

Wie bereits weiter oben erwähnt, geht der Ansatz der sozialen (regulierten) Marktwirtschaft auf die »Freiburger Schule« aus den 1950er Jahren zurück. Im Kern ging es bei der Entwicklung dieses Konzepts um die gesellschaftliche Grundfrage, wie viele und welche Freiheiten man den Wirtschaftssubjekten in einer grundsätzlich freiheitlich konzipierten, kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung gewähren kann, ohne das Gemeinwohl über die Maße zu gefährden.

Markt/Privatwirtschaft und (demokratischer) Staat sind in einem sehr komplexen Beziehungsgeflecht miteinander verwoben. Ihre Legitimationsgrundlagen sind verschieden (unterschiedlich verteilte Eigentumsrechte versus gleiche Staatsbürgerrechte) und sie verfolgen divergierende Ziele (Einzel- versus Gemeinwohl).<sup>52</sup> Gleichsam gibt es aber auch konvergierende Interessen; zum Beispiel ist der Staat an einer starken Wirtschaft interessiert, um das ökonomische Gemeinwohl (zum Beispiel durch Arbeitsplätze) zu fördern. Gerade hierdurch wird der Staat aber anfällig im Hinblick auf die Gewährung von allerlei unternehmerischen Sonderrechten und er ist in seiner Kernfunktion als politische Gegenmacht zur Wirtschaftsmacht geschwächt. Diese Schwächung wird umso stärker, je mehr sich die im Sinne des Gemeinwohls zu regulierenden Unternehmen über nationalstaatliche Grenzen hinweg ausdehnen. Insofern ist das eingeleitete Zeitalter der Globalisierung der Anfang vom Ende eines wirksamen nationalstaatlichen Interventionismus, wodurch der Kapitalismus seine größtmögliche Mächtigkeit gegenüber der Politik erlangt hat.

Die Frage einer optimalen staatlichen Intervention beschäftigte schon immer die nationalökonomische Wissenschaft; beispielhaft sei hier der Philosoph und Ökonom J. S. MILL (1806 - 1873) genannt, der befand, »... dass der Staat die Freiheit des Einzel-

---

<sup>52</sup> Vgl. zum grundsätzlichen Verhältnis zwischen Staat und Markt Kocka, S. 113 ff., der für die beiden letzten Jahrhunderte drei Phasen mehr oder minder starker staatlicher Eingriffe aufzeigt.

nen nur dann einschränken dürfe, wenn dies zum Zwecke des Selbstschutzes oder zum Schutz anderer Mitglieder geschehe.«<sup>53</sup>

Es ging und geht also immer um das Thema die für die Gesellschaft negativen Konsequenzen wirtschaftlichen (eigennutzmaximierenden) Handelns zu vermeiden oder zumindest abzumildern, ohne gleichzeitig die Wirtschafts-/Wettbewerbsdynamik abzuwürgen – eine Gratwanderung. Im Zuge der Finanzkrise in den Jahren 2008 fortfolgende ist es zumindest in der öffentlichen Diskussion um die Vertreter eines strengen »Laissez-faire-Kapitalismus«<sup>54</sup> eher ruhig geworden und man kann heutzutage eine über parteipolitische Grenzen hinweg bestehende Einsicht in die zumindest grundsätzliche Notwendigkeit staatlicher Interventionen unterstellen.<sup>55</sup> Ein Großteil der Eingriffe des Staates soll hierbei unmittelbar *schutzbedürftige Dritte* vor allzu rauen, einseitig profitgetriebenen Wettbewerbsunsitten schützen.<sup>56</sup> Angesprochen sind hier in erster Linie Arbeitnehmer, aber auch Kunden<sup>57</sup> sowie zunehmend die ökologische Umwelt.

Über die Jahrzehnte hat sich so in unserem marktwirtschaftlichen System eine enorme, unüberschaubare Regulierungsdichte auf der Mikroebene herausgebildet,<sup>58</sup> wodurch wirtschaftliches Handeln bis ins kleinste Detail geregelt wird/werden soll. Von der notwendigen *Rahmenordnung*, von der bei der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft und auch in aktuelleren Darstellungen zu diesem Wirtschaftstyp immer die Rede war/

---

<sup>53</sup> Vgl. Wikipedia, John Stuart Mill.

<sup>54</sup> Als prominentester wissenschaftlicher Vertreter dieses marktradikalen Ansatzes gilt der Ökonom M. Friedman, dessen Lehre unter anderem eine nahezu vollständige Privatisierung hoheitlicher Staatsaufgaben propagierte, die im Zuge des sogenannten »Thatcherismus« in Großbritannien wie auch der »Reaganomics« in den USA (beides in den 1980er Jahren) großen Widerhall fand. Die Konsequenzen waren oft mehr als ernüchternd, zum Beispiel erhebliche Qualitätsverluste bei der ehemals britischen Staatsbahn. Im Zuge der finanziell prekären Situation der »öffentlichen Hand« gewinnt vermehrt (etwa beim Autobahnbau) auch das gemischte Prinzip der »Public-Private-Partnership« Anwendung. Hierbei übernimmt die Privatwirtschaft die Investition und erhält dafür ein befristetes Betriebsrecht mit entsprechenden Erlösen (zum Beispiel über die »LKW-Maut«). Bei einer Gesamtbetrachtung ein »überraschenderweise« für den Staat/die Allgemeinheit eher schlechtes Geschäft.

<sup>55</sup> Eine besondere, marktradikale Stilblüte war allerdings zuletzt wieder aus dem Mutterland des Kapitalismus, den USA zu vermelden. Die Einführung einer gesetzlichen Krankenversicherung wird dort von vielen (republikanischen) Zeitgenossen als sozialistisches Teufelszeug diffamiert.

<sup>56</sup> Von den vielfältigen konjunkturpolitischen Eingriffen des Staates (unter anderem durch Subventionen und Steuererleichterungen – zum Beispiel für besonders energieintensive Unternehmen) zur Stützung der Angebots- oder der Nachfrageseite des Marktes wird hier abstrahiert.

<sup>57</sup> Den in diesem Zusammenhang verwendeten Begriff des Verbraucherschutzes sollte man sich schon einmal auf der Zunge zergehen lassen; warum und wovor müssen Verbraucher eigentlich zunehmend geschützt werden und lernt man nicht während der Berufsausbildung: »Der Kunde ist König«.

<sup>58</sup> Dabei wird auch vor den persönlichsten Lebensentscheidungen nicht halt gemacht: Durch Familienpolitik und entsprechende monetäre Anreize (Kinderbetreuungsgeld usw.) soll das »Paarungsverhalten« gesteuert werden und selbst der »letzte Wille« ist nicht frei, denn auch die unbeliebtesten Nachkömmlinge haben das Recht auf einen Pflichtteil des Erbes. An dieser Stelle (und sonst wohl auch nirgendwo) kann selbstredend keine auch nur annähernd vollständige Darstellung geltender Rechtsvorschriften mit wirtschaftlichem Bezug gegeben werden.

## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

ist,<sup>59</sup> haben wir uns – nicht zuletzt durch die Einziehung einer weiteren Regulierungsin-  
stanz auf EU-nationaler Ebene<sup>60</sup> – meilenweit in Richtung einer *Mikroordnung* entfernt.

Im Folgenden werden mit der *Verteilungsregulierung*, die im Kern eine finanzielle  
Mindestsicherung der Bürger sowie eine Finanzierbarkeit wichtiger hoheitlicher Staats-  
aufgaben gewährleisten soll, und der *Verfahrensregulierung*, die sich auf die rechtliche  
Gestaltung der wirtschaftlichen Interaktionsbeziehungen zwischen den Wirtschaftssub-  
jekten (Unternehmer, Arbeitnehmer, Kunden, Gläubiger usw.) bezieht, zwei grundsätzli-  
che, nicht aber immer ganz trennscharfe Regulierungsebenen unterschieden.

### 1.3.1 Verteilungsregulierung

Es gehört zu den größten soziokulturellen Errungenschaften einer zivilisierten Gesell-  
schaft im Allgemeinen sowie unserer sozialen Marktwirtschaft im Besonderen, dass der  
Staat eine *Daseinsvorsorge* für seine Bürger organisiert, welche diese unabhängig von  
ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in die Lage versetzt, ihr Leben (auch  
in Notsituationen) in Würde zu bestreiten. Seinen grundgesetzlichen Niederschlag findet  
dies in dem *Sozialstaatsprinzip*, kodifiziert in den Grundgesetzartikeln 20 und 28, je-  
weils Absatz eins. Dieses Prinzip leitet sich unmittelbar aus den, für das Grundgesetz  
maßgeblichen, Grundsätzen von Gleichheit und Brüderlichkeit ab und ist insbesondere  
mit dem dritten, grundgesetzprägenden Ideal einer freiheitlichen Gesellschaft auszutarie-  
ren. Dem Sozialstaatsprinzip obliegt eine Ausgleichsfunktion auf wirtschaftlichem Geb-  
iet (zum Beispiel durch staatliche Vermögensumverteilung); darüber hinaus dient es  
dem Schutz eines lebenswerten Lebens vor Fremdbestimmung durch Zwangssituationen,  
ausgelöst etwa durch wirtschaftliche Abhängigkeiten beziehungsweise Machtkonzentra-  
tionen.<sup>61</sup>

Über eine solidarische Finanzierung durch Steuern, Abgaben und Versicherungsbeiträ-  
ge werden Menschen, die ihr Auskommen (vorübergehend oder dauerhaft) nicht über  
Erwerbsarbeit bestreiten können, abgesichert (Sozialversicherungssysteme). Darüber hi-  
naus hält der Staat ein, von der Allgemeinheit finanziertes, Angebot an wichtigen Lei-  
stungen der Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel Bildung, Sicherheit, Gesundheit/Pflege,  
vor – Güter, denen fundamentale Menschenrechte zugrunde liegen (zum Beispiel Chan-  
cengleichheit, Menschenwürde). Auch diese für das Gedeihen einer demokratischen Ge-

---

<sup>59</sup> Vgl. stellvertretend nur Homann, Marktwirtschaft, S. 12 ff.

<sup>60</sup> Ende 2012 gab es insgesamt 9.576 (!) EU-Verordnungen und 1.989 EU-Richtlinien, davon wur-  
den alleine im Jahr 2012 1.250 Verordnungen und 50 Richtlinien verabschiedet. Zahlen entnom-  
men aus dem Jahresbericht des Nationalen Normenkontrollrates 2013, S. 48. In den Medien wer-  
den immer wieder besonders extreme bis absurde Beispiele für die Regulierungswut der EU  
hochgespielt. Im Oktober 2013 wurde zum Beispiel berichtet, dass über eine Verordnung zur  
maximal zulässigen Absatzlänge von »high Heels« für Beschäftigte im Friseurhandwerk nachge-  
dacht wurde. Eine solche Herausstellung von Einzelfällen ist wohl eher der verbreiteten und auf-  
lagesteigernden EU-Skepsis weiter Bevölkerungsteile als einem seriösen Journalismus geschul-  
det.

<sup>61</sup> Vgl. zum Sozialstaatsprinzip ausführlich Bohling, S. 19 ff.

sellschaft existenziell wichtige Form der Daseinsvorsorge darf – zur Vermeidung einer ausufernden Staatsverschuldung – nur über bereits erwirtschaftetes Kapital finanziert werden; Voraussetzung einer staatlich gelenkten, nachhaltigen Umverteilung ist also immer vorausgegangene wirtschaftliche *Wertschöpfung*. Gleichzeitig wird über diese Umverteilung dem grundgesetzlichen, für das Verständnis der sozialen Marktwirtschaft wichtigen Grundsatz »*Eigentum verpflichtet*« (Artikel 14, Absatz zwei des Grundgesetzes) Geltung verschafft. Betrachten wir vor dem Hintergrund des Sozialstaatsprinzips nun zunächst die *faktische* Einkommens- und Vermögensverteilung.

### 1.3.1.1 Einkommens- und Vermögensverteilung

Unterm Strich hat das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft in den letzten Jahrzehnten zu einer Wohlstandsmehrung und mehr als ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern geführt und auch die gesellschaftliche Stabilität (»sozialer Frieden«) ist möglicherweise auf diese Entwicklung zurückzuführen. Entwickelt wurde dieses Modell in Reinform in den 1950er Jahren von der ordoliberalen »Freiburger Schule«, politisch aufgegriffen wurde es von L. ERHARD Anfang der 60er Jahre unter dem wohlfeilen Slogan »*Wohlstand für Alle*«. <sup>62</sup> Implizit ist diesem Slogan die Annahme, dass ein freies (nicht staatlich reguliertes) marktwirtschaftliches System zu einer sehr ungleichen Wohlstandsverteilung führen würde. Heute, gut 50 Jahre später, müssen wir aber genau ein solches, für unser Gesellschaftssystem kritisches, starkes Auseinanderdriften von Arm und Reich konstatieren – trotz einer enormen *Regulierungsdichte*. <sup>63</sup> Zudem sorgen die Wettbewerbs-/Wachstumskräfte bereits seit über drei Jahrzehnten nicht mehr für eine Vollbeschäftigung, <sup>64</sup> geschweige denn für eine auskömmliche Finanzierung der Staatsausgaben – siehe die seit den 1960er Jahren kontinuierlich steigende *Staatsverschuldung*.

Die Staatsverschuldung nahm von 1960 bis 2013 ohne Ausnahme (!) jährlich zu und belief sich Ende 2015 auf knapp 2.150 Milliarden Euro. <sup>65</sup> Im Jahr 2014 wurde im Hinblick auf die Neuverschuldung erstmals eine »schwarze Null« geschrieben und 2015 endete sogar mit einem Haushaltsüberschuss des Bundes von gut zehn Milliarden Euro, was aber nicht auf eine nachhaltige/strukturelle Konsolidierung von Einnahmen und

---

<sup>62</sup> Vgl. zu den wesentlichen Inhalten einer ordoliberalen Wirtschaftsrichtung weiter unten, S. 92 ff.

<sup>63</sup> In einem betriebswirtschaftlichen (!) Standardwerk heißt es: »Die Schwächen der Marktwirtschaft liegen darin, dass sie große Einkommensunterschiede, insbesondere zwischen Arbeits- und Gewinneinkommen ermöglicht, die eine sehr unterschiedliche Vermögensbildung und damit ungleiche Vermögensverteilung zur Folge haben und deshalb den Keim zu sozialen Spannungen in sich tragen ... Deshalb ist es dringend erforderlich, die unvermeidlichen Unterschiede in der Vermögensverteilung in gewissen, durch das Leistungsprinzip legitimierten Grenzen zu halten, wenn verhindert werden soll, dass eines Tages eine Umverteilung durch gewaltsame Überwindung der Wirtschaftsordnung erfolgt. Eine Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit ist nicht alleine eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch der politischen Klugheit.« Wöhe, S. 6 f.

<sup>64</sup> Die Schwankungsbreite der Arbeitslosenquote in den letzten Jahrzehnten liegt zwischen 3,3 Prozent (1980) bis maximal 11,7 (2005) und 6,9 Prozent (2013) – vgl. Bundesagentur für Arbeit.

<sup>65</sup> Siehe nur [www.staatsverschuldung.de/schuldenuhr.htm](http://www.staatsverschuldung.de/schuldenuhr.htm)

## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

Ausgaben, sondern auf die vergleichsweise gute konjunkturelle Lage in Verbindung mit den minimalistischen Zinsaufwendungen für Staatsanleihen zurückzuführen war. Mit einem wirtschaftspolitischen Konzept zum langjährigen Abbau der Staatsschulden kann keine politische Partei aufwarten; es bleibt nur die völlig vage Hoffnung auf ein neues Wirtschaftswunder mit einem entsprechenden Wachstum. Stellt sich dieses nicht ein, werden Schuldenschnitte selbst hierzulande, genau wie in den meisten Volkswirtschaften Europas, unvermeidlich sein – mit allen damit verbundenen finanz- und realwirtschaftlichen Turbulenzen. Die ab 2016 rechtsverbindliche sogenannte »Schuldenbremse« (Artikel 109, Absatz drei des Grundgesetzes), das heißt die maximal zulässige jährliche Neuverschuldung des Bundes in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Verbindung mit dem völligen Verbot der Nettokreditaufnahme aufseiten der Länder,<sup>66</sup> könnte zwar die Verschuldungsdynamik bremsen, von einer spürbaren Rückführung der exorbitanten Schuldensumme wären wir aber auch dann noch weit entfernt. Als wesentlicher Ausnahmetatbestand der Schuldenbremse, welcher wieder eine höhere Nettokreditaufnahme erlauben würde, ist der Fall einer konjunkturellen Rezession vorgesehen; eine Aufweichung, die durchaus zum Regelfall werden könnte.

In der Abbildung auf der nächsten Seite ist die Verteilung des *Nettovermögens* privater Haushalte im Jahre 2010 dargestellt. Bei einer durchschnittlichen Größe eines privaten Haushalts von gut zwei Personen und einer »Pro-Kopf-Staatsverschuldung« in Höhe von rund 25.000 Euro entfielen im betrachteten Jahr auf einen Standardhaushalt also gut 50.000 Euro an Staatsschulden.<sup>67</sup> Umgekehrt wäre das staatliche Volksvermögen dem Haushaltsvermögen hinzuzurechnen. Im Jahr 2009 betrug das staatliche Nettovermögen (Vermögenswerte abzüglich Schulden) rund 147 Milliarden Euro; aufgeteilt auf den durchschnittlichen Haushalt ergibt sich ein Betrag von knapp 3.700 Euro, der dem Haushaltsvermögen hinzuzurechnen wäre, was alles in allem zu keiner signifikanten Änderung der in der Abbildung ausgewiesenen Nettovermögenswerte der Haushalte führen würde. Deutlich ist allerdings der Rückgang des *staatlichen Nettovermögens* während der letzten Jahrzehnte: Von 1991 bis 2009 sank sein Wert in Relation zum Bruttoinlandsprodukt von 52 Prozent (rund 822 Milliarden Euro) auf gerade mal sechs Prozent (etwa 147 Milliarden Euro).<sup>68</sup> Diese Entwicklung korrespondiert mit dem Rückgang der öffentlichen Investitionen – 1970 lagen sie bei 4,7 Prozent, 2013 nur noch bei 1,6 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts. Seit dem Jahr 2013 sind die öffentlichen Nettoinvestitionen (Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen) sogar negativ, das heißt der Staat/das Volk verzehrt die infrastrukturelle Substanz.<sup>69</sup> Kann man angesichts solcher Zahlen zur privaten wie auch öffentlichen Vermögenssituation eigentlich noch von

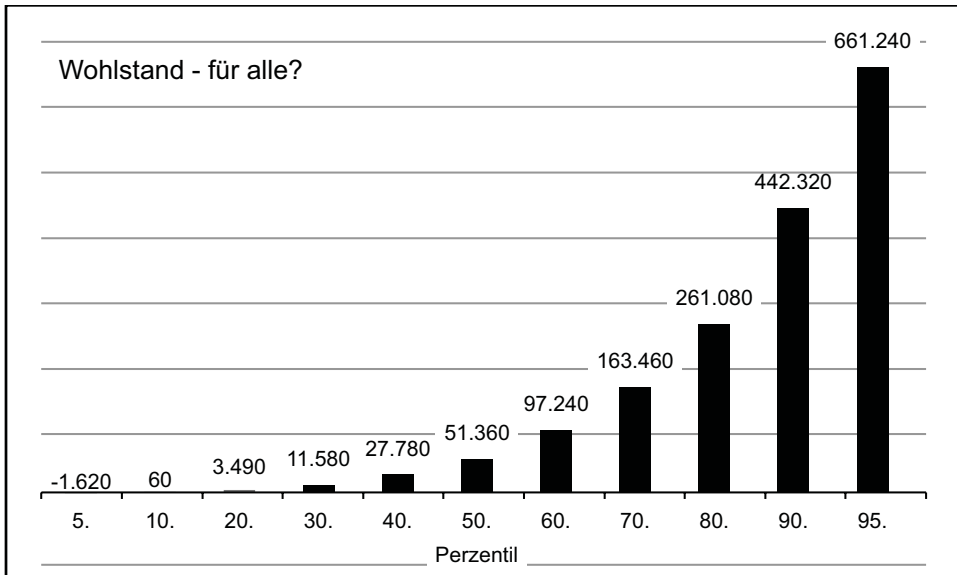
---

<sup>66</sup> Vgl. als Überblick Wikipedia, Schuldenbremse.

<sup>67</sup> Ende 2015 betrug die Pro-Kopf-Verschuldung 26.785 Euro – siehe [www.staatsschuldenuhr.de](http://www.staatsschuldenuhr.de)

<sup>68</sup> Vgl. zu den Prozentangaben Bach, S. 2; absolute Zahlen berechnet durch den Verfasser.

<sup>69</sup> Vgl. zum Ganzen Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, S. 8.



Vermögensverteilung je Haushalt im Jahr 2010 (in Euro)<sup>70</sup>

Anmerkungen: Dargestellt ist das Nettovermögen (Sach- zuzüglich Geldvermögen abzüglich Schulden). Perzentile teilen die Verteilung in Ein-Prozent-Segmente auf. Jedes Perzentil entspricht in etwa vierhunderttausend Haushalten. Der Median (50 Prozent der Haushalte liegen unter und 50 Prozent über diesem Wert) beträgt 51.360 Euro, entspricht also dem 50. Perzentil. Analog bedeutet zum Beispiel der Wert von 60 Euro (10. Perzentil), dass zehn Prozent der Haushalte ein geringeres und 90 Prozent ein höheres Vermögen besitzen.

einem »reichen Land« sprechen, und was bedeutet in diesem Lichte überhaupt noch »soziale« Marktwirtschaft? Zutreffender wäre wohl die Kennzeichnung »armer Staat mit vielen vermögenslosen und -schwachen sowie relativ wenig wirklich vermögenden Bürgern«; was allerdings unbestreitbar auf einem hohen Niveau liegt, ist unser Konsum. Angesichts des nicht absehbaren Endes der Niedrigstzinspolitik steht eine Auszehrung des Geldvermögens zu befürchten, die besonders hart die Kleinsparer und deren »Notgroschen« beziehungsweise bescheidene Altersvorsorge treffen wird.

Ergänzend zu den Vermögensdaten aus der grafischen Darstellung seien noch folgende Hinweise gegeben:

- Das in der Darstellung nicht ausgewiesene arithmetische Mittel liegt bei einem Wert in Höhe von 195.200 Euro je Haushalt.
- Der große Unterschied zwischen Durchschnittsvermögen und Median zeigt die ausgeprägte Vermögensungleichheit.

<sup>70</sup> Eigene Darstellung – Daten entnommen von Deutsche Bundesbank, S. 30 ff.



## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

- Den reichsten zehn Prozent der Haushalte gehören 59,2 Prozent des Nettovermögens aller Haushalte.<sup>71</sup>

Eine weitaus ungleichere Vermögensverteilung zeigt sich bei einer Betrachtung dieser auf der Ebene einzelner Personen. Alleine die 500 reichsten Deutschen verfügen über ein Vermögen von insgesamt 528,4 Mrd. Euro (Stand Oktober 2013).<sup>72</sup> Im Zeitraum zwischen 2002 und 2007 entwickelten sich die Vermögensanteile in Prozent des Gesamtvermögens wie folgt:<sup>73</sup>

- Die ärmere Hälfte (50 Prozent) der Bevölkerung hielt im Jahr 2002 bereits nur einen marginalen Vermögensanteil von 0,5 Prozent, der sich bis 2007 gegen null entwickelte.<sup>74</sup>
- Im gleichen Zeitraum stieg der Vermögensanteil der zehn Prozent reichsten Einzelpersonen hingegen von 57,9 auf 61,1 Prozent.

Mit der Vermögensverteilung zusammenhängend nahm auch die Ungleichheit der *Einkommensverteilung* in Deutschland im Zeitraum 1985 bis 2008 zu.<sup>75</sup> Der »Gini-Koeffizient« kletterte von 0,25 auf 0,29; ein Wert von eins besagt, dass eine Person alles »verdient« hätte, während ein Wert von null eine völlige Gleichverteilung der Einkommen bedeuten würde. Deutschland liegt damit im OECD-Vergleich im Mittelfeld. Parallel dazu hat das *Armutrisiko*, von dem insbesondere ältere Menschen, Kinder und Jugendliche sowie Alleinerziehende betroffen sind, bis 2010 auf 14 Prozent zugenommen; 2010 lebten in Deutschland elf Millionen Menschen unterhalb der Armutsschwelle. Und selbst das kombinierte Ordnungsprinzip von Markt und Staat konnte und kann diese Entwicklung nicht verhindern.

Die von der Bundesregierung eingesetzte »Enquete-Kommission Wachstum« schlägt in ihrem Abschlussbericht als Einkommensverteilungsindikator die »80/20-Relation« vor.<sup>76</sup> Dieser Indikator beschreibt das Verhältnis zwischen dem Gesamteinkommen des oberen Fünftels in der Verteilungshierarchie zu dem unteren Fünftel. Der Wert aus dem Jahr 2011 lag bei 4,5, was bedeutet, dass die oberen 20 Prozent der Einkommensbezie-

---

<sup>71</sup> Gemessen an folgender Relation sind dies geradezu sozialistische Verhältnisse: 62 Superreiche besitzen das gleiche Vermögen wie die ärmsten 50 Prozent (rund 3,6 Milliarden Menschen) der Weltbevölkerung – siehe Oxfam Deutschland, 2016.

<sup>72</sup> Vgl. Wikipedia, Liste der 500 reichsten Deutschen.

<sup>73</sup> Vgl. zum Folgenden Trabold, S. 143.

<sup>74</sup> Am 25.01.2016 wurden in den Nachrichten Zahlen des Bundessozialministeriums gemeldet, die nicht ganz mit diesen Werten in Einklang zu bringen sind. Hiernach betrug der Vermögensanteil der unteren 50 Prozent im Jahr 2013 ein Prozent, während sich dieser Wert 1998 noch auf 2,9 Prozent stellte. An der Tatsache einer weitgehenden Vermögenslosigkeit der Hälfte der Bevölkerung beziehungsweise einer sich zuspitzenden Umverteilung von unten nach oben ändern aber auch diese Zahlen nichts.

<sup>75</sup> Vgl. dazu und zum Folgenden Enquete-Kommission Wachstum, S. 173. Länder mit weniger Staat und mehr Markt (allen voran die USA) liegen bei der ungleichen Verteilung erwartungsgemäß ganz vorne. In den USA, also einer vergleichsweise freieren Marktwirtschaft, stellte sich der Koeffizient im Jahr 2008 auf 0,38.

<sup>76</sup> Vgl. Enquete-Kommission Wachstum, S. 281.

her ein viereinhalb mal so hohes Einkommen erzielen wie die des untersten Fünftels. Die Kommission spricht sich für eine Senkung dieses Werts durch politische Maßnahmen aus. Angesprochen sind damit auch und vor allem steuerpolitische Eingriffe, die grundsätzlich durch das im Grundgesetz verankerte *Sozialstaatsprinzip* gedeckt sind und mehr Gerechtigkeit durch eine stärkere Vermögensnivellierung (nicht Gleichverteilung!) herbeiführen sollen.<sup>77</sup>

### 1.3.1.2 Eine Frage der Werte: Einzel- und Gemeinwohl

Die Sicherstellung einer geordneten/planbaren und als möglichst gerecht empfundenen Finanzierung des Gemeinwohls erfolgt auf der Basis eines hochkomplexen, sich ständig weiter entwickelnden Rechtssystems, allem voran das deutsche Steuerrecht. Aber viel (Steuer-) Recht bedeutet keineswegs eine hohe (Steuer-) Moral.<sup>78</sup> Aufgrund der Unübersichtlichkeit, der schlechten Verständlichkeit, der individuellen Gestaltbarkeit (zum Beispiel sogenannte »Schlupflöcher«) im Besonderen sowie der generellen Abneigung des Menschen gegen (schlecht vermittelte) Bevormundungen im Allgemeinen kann auch eine negative Korrelation zwischen Steuerrecht und -moral unterstellt werden. Darüber hinaus dürften die immer wieder massenmedial verbreiteten steuerlichen Verfehlungen oder die Steuerflucht einiger unserer »Vorbilder« (»Promis« aus Politik, Wirtschaft, Sport und »Showbiz«) ihres dazu tun. Liebe Wohlhabende entspannt euch doch mal, denn bekanntermaßen hat das »letzte Hemd keine Taschen«. Und dennoch: Reichtum ist immer ein relatives Maß, will heißen, dass eine Person zum Beispiel mit einem Vermögen von einer Million Euro sich eher an noch Vermögendere orientiert und ihr eine Abgabe von 50.000 Euro genauso schwerfallen mag, wie jemandem, der von 10.000 Euro einen Steuerbetrag in Höhe von 500 Euro entrichten soll.

Die Sinnhaftigkeit einer Umverteilung finanzieller Mittel von der Individual- auf die Kollektivebene muss also gut vermittelt werden.<sup>79</sup> Dabei sind viele als wichtig erachtete, öffentlich organisierte Leistungen für alle sichtbar *unterfinanziert*. Ob dies die personelle und sachliche Ausstattung der Polizei, den schlechten bis katastrophalen Zustand von vielen Kindertagesstätten, Schulen, öffentlichen Krankenhäusern, Pflegeheimen, Ju-

---

<sup>77</sup> Dazu ausführlich Pintz, S. 43 ff.

<sup>78</sup> In dem »World Values Survey« 1999 - 2002 liegt Deutschland im Hinblick auf die Steuermoral im OECD-Vergleich auf einem mittleren Platz; hiernach waren nur 57 Prozent der befragten Deutschen der Meinung, dass Steuerhinterziehung in keinem Fall in Ordnung ist. Entnommen aus: Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums, S. 50 f. Mit Vorsicht zu genießende Zahlen, weil methodisch schwer zu ermitteln, sind Angaben/Schätzungen zur Höhe der jährlichen Steuer ausfälle aufgrund von Steuerhinterziehung. Diese schwanken in Abhängigkeit von einer Einbeziehung der »Schwarzarbeit« sowie den berücksichtigten Steuerarten zwischen rund 40 und 158 Milliarden Euro. Vgl. als Überblick Unger.

<sup>79</sup> »Höhere Investitionen in unsere Gesellschaft – in Bildung, Technologie und Infrastruktur – und eine bessere Absicherung der einfachen Bürger werden die Gesellschaft effizienter und dynamischer machen ...«. Dieses Zitat stammt von keinem Geringeren als von J. Stiglitz, Träger des sogenannten »Wirtschaftsnobelpreises« und US-Amerikaner. Stiglitz, Ungleichheit, S. 345.

## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

gendeinrichtungen usw. und so fort<sup>80</sup> betrifft oder die aufgrund des demografischen Wandels völlig ungelöste Rentenfrage (Stichwort »Altersarmut«), der Staat ist finanziell immer weniger in der Lage, schon gar nicht ohne zusätzliche Verschuldung, diese Angebote in gesellschaftsstabilisierender Art und Weise zu organisieren.<sup>81</sup> Die beiden Hauptansatzpunkte zur Verbesserung der Finanzsituation der öffentlichen Hand, Ausgabenreduktion an den richtigen Stellen (insbesondere durch Bürokratieabbau) und Erhöhung von Steuern (zum Beispiel Erbschaftssteuer beziehungsweise Einführung einer Vermögenssteuer) und Abgaben, sind real- und wahlpolitisch nicht durchsetzbar.

So ganz nebenbei wird damit eine Problematik gestreift, welche wieder einmal das *Wettbewerbsprinzip* betrifft. Auch die politischen Parteien stehen in Konkurrenz zueinander, der Konkurrenz um knappe Wählerstimmen. Der Antrieb des politischen gewinnenden Wollens, als Ausformung des allgemeinen Gewinnprinzips einer Wettbewerbsgesellschaft, führt nun mit hoher Plausibilität dazu, den Wählern unangenehme Wahrheiten – hier die Notwendigkeit von Steuererhöhungen – nicht mitteilen zu können. Dies gilt natürlich insbesondere in Wahlkampfzeiten, in denen eher Steuersenkungsversprechen zielführend sind. Aber auch nach dem Wahlsieg sind Steuererhöhungen höchst unpopulär und damit wenig erfolversprechend im Hinblick auf die Wiederwahl – nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf. Wie viel einfacher – aufgrund des weltweit vagabundierenden freien Kapitals – ist da doch die fortlaufende Aufnahme von Staatskrediten. Meines Erachtens ist die ungebremschte Staatsverschuldung damit ein systemischer Fehler von auf Parteienwettbewerb beruhenden repräsentativen Demokratien; eine direktere Demokratie in Form von regelmäßigen Volksabstimmungen wäre eine diesen Fehler abmildernde Alternative.

Dem deutschen Wahlbürger sind also keine weiteren Steuer- und Abgabenerhöhungen zur Finanzierung des Gemeinwohls *zumutbar*? In der Tat verkürzen solche weiteren Abzüge das Nettoeinkommen beziehungsweise Nettovermögen und damit die Möglichkeiten für den Privatkonsum. Um es auf den Punkt zu bringen: Diese Kapitalallokation zugunsten des privaten Konsums ist doch völlig *grotesk* und hat nichts mehr mit wirt-

---

<sup>80</sup> Die schleichende finanzielle Austrocknung der öffentlichen Infrastruktur ist anhand folgender Entwicklung nachvollziehbar: Während 1970 knapp fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufgewendet wurden, waren es 2011 gerade noch 1,6 Prozent. Auch die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist – entgegen weit verbreiteten Vorurteilen – seit Längerem rückläufig (1991: 6,7 Millionen, 2011: 4,6 Millionen); vgl. zum Ganzen Enquete-Kommission Wachstum, S. 146.

<sup>81</sup> Nur ein Beispiel: Ende 2013 bezogen eine halbe Million RentnerInnen zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts eine zusätzliche Grundsicherung – 7,4 Prozent mehr als im Vorjahr und nahezu eine Verdopplung gegenüber 2003; siehe Statistisches Bundesamt, Grundsicherung. Im Mai 2014 wurde unter den Stichworten »Rente mit 63« und »Mütterrente« von der großen Koalition ein Renten Anpassungsgesetz mit zusätzlichen Belastungen von rund zehn Milliarden Euro/Jahr verabschiedet. Dies geschah auch vor dem Hintergrund, dass die Steuer- und Rentenversicherungseinnahmen aufgrund einer konjunkturellen Erholung zu einem ausgeglichenen Haushalt reichten. Diese positive konjunkturelle Entwicklung wurde damit quasi endlos in die Zukunft projiziert, denn eine Rücknahme solcher »Wohltaten« ist kaum vorstellbar; die Abhängigkeit von einem kontinuierlichen konjunkturellen Wachstum verstärkt sich immer weiter. Von Nachhaltigkeit im Sinne der jetzt jungen Generation zeugt diese »Gabenpolitik« in keiner Weise.

schaftlicher Rationalität zu tun. Es gibt kein Menschenrecht auf den Konsum von »Fruchtgummi« oder sonstigem »Firlefnanz«, wohl aber auf Würde (bedingungslos und in allen Lebenssituationen – zum Beispiel als Pflegefall), auf Sicherheit, auf Bildung usw. Durch unseren alltäglichen wirtschaftlichen Kampf/Wettbewerb scheinen uns die *Werteprioritäten* gehörig durcheinandergeraten zu sein.

Natürlich würde eine wie auch immer geartete progressive, nach der Höhe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gestaffelte, also solidarische Belastungserhöhung zu einer ach so aufgeregten gesellschaftlichen *Gerechtigkeitsdebatte* führen, bei der mit Sicherheit wieder von den Wohlhabenderen der allseits beliebte Stammtisch-Slogan »Leistung muss sich (wieder) lohnen« bemüht würde.<sup>82</sup> Aber noch einmal zum Verständnis: Es geht nicht um eine existenzielle Bedrohung von Lebensgrundlagen, sondern (schlimmstenfalls) um die Wahl zwischen dem x-ten »Dekoartikel« (und/oder Zweiturlaub, Lebensmittelverschwendung, Wertpapierspekulation usw. und so fort) und einem zivilisierteren, anständigeren Zusammenleben – für alle! Im Idealfall, das heißt bei einem klug vermittelten, einfachen und als gerecht empfundenen Steuersystem auf der einen Seite sowie einer funktionierenden, identitätsstiftenden Gesellschaft/Gemeinschaft andererseits, zahlt der *mündige* Steuer- und Staatsbürger gerne seinen Beitrag.

Zum weiteren Verständnis der Abwehrhaltung selbst der besonders Wohlhabenden gegenüber Steuererhöhungen sei noch ein motivationspsychologisches Phänomen beleuchtet. Reich sein gilt als Beweis für Tüchtigkeit und evoziert damit Ansehen.<sup>83</sup> Gesellschaftlich wird von diesen Personen zur Dämpfung der Ungleichheit eine gewisse altruistische *Großzügigkeit* erwartet. Durch entsprechende Beiträge würden Reichtum und Ansehen zwar etwas abnehmen, das Ansehen aber aufgrund der Großherzigkeit auch wieder ansteigen. Diese Rechnung geht allerdings nur dann auf, wenn die überproportionale Beteiligung am Gemeinwesen transparent ist, was bei einer anonymen Besteuerung eben nicht der Fall ist. Insofern erklärt sich aus der Natur des Menschen, jeder strebt nach Ansehen beziehungsweise Anerkennung, die Bevorzugung der »Charity-« vor der anonymen »Steuer-Moral«. Entsprechend dieser motivationalen Hintergründe müsste eine wirksamere Gestaltung des Steuerrechts, neben seiner radikalen Vereinfachung, darauf abzielen, erstens mehr Transparenz im Hinblick auf die tatsächlich geleisteten Steuerzahlungen der einzelnen Steuersubjekte und zweitens eine Möglichkeit zur Mitgestaltung der (möglichst lokalen) Steuerverwendung herzustellen.

Schließlich wird immer wieder die allgemeine *Staatsverdrossenheit* – hier in der Ausprägung, dass genug Geld »im System« sei, der Staat aber besser damit umgehen müsse

---

<sup>82</sup> Dass ein hohes Vermögen nicht zwangsläufig zu einer Kurzsichtigkeit im Hinblick auf das Gemeinwohl führen muss, zeigen solche Ausnahmen (Achtung: Vorbilder) wie der Hamburger Reeder Peter Krämer, der sich für eine Vermögenssteuer einsetzt. Diese Steuerart hat allerdings ihre bürokratischen Tücken, da sie – vor allem bei Unwilligkeit und entsprechendem Vermeidungsverhalten der Steuersubjekte – einen erheblichen Erhebungsaufwand impliziert.

<sup>83</sup> Vgl. dazu und zum Folgenden Bischof, *Moral*, S. 168 f. Als eine Form des Ansehens kann auch der in unserer Gesellschaft weit verbreitete Neid interpretiert werden.

## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

– im Rahmen einer solchen Verteilungsdebatte ins Feld geführt. Das insbesondere von neoliberalen Wirtschaftsvertretern gern gemalte Bild vom ineffizienten und gierigen Staat<sup>84</sup> bedarf in der Tat einer grundsätzlichen Revision (unter anderem durch Aufklärung und Abbau überzogener Bürokratie), ist aber letztlich nur ein Feigenblatt, hinter dem sich trefflich der eigene, kurzsichtige Egoismus beziehungsweise ein wenig entwickeltes staatsbürgerrechtliches Verständnis verstecken lässt.

All dies zeigt, dass es der politischen Führung schon seit Jahrzehnten nicht gelingt, aus der Gesellschaft eine Gemeinschaft zu formen. Was zu beobachten ist, ist ein Zerfall der Gesellschaft in wirtschaftliche Interessengruppen und eine Einteilung in Gewinner und Verlierer, das heißt eine *Entsolidarisierung*:

»... so soll es Niemanden Wunder nehmen, wenn das Volk am egoistischen Kleinen und Elenden, an Verknöcherung und Selbstsucht zugrunde geht, zuerst nämlich auseinanderfällt und aufhört Volk zu sein ...«<sup>85</sup>

### 1.3.1.3 Ungleichheit und Leistungsgerechtigkeit

Ein starkes Auseinanderdriften der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in einer »*Leistungsgesellschaft*« bedeutet per se noch keine soziale Ungerechtigkeit. Im Unterschied zur Kernideologie eines sozialistischen Wirtschaftsmodells »jedem das Gleiche« lautet das Motto unserer wettbewerbsorientierten Leistungsgesellschaft »*jedem das Seine*«. Die in der Abbildung auf Seite 46 illustrierte Vermögensverteilung könnte ja nun durchaus einer völlig normalen Unterschiedlichkeit der individuellen Leistungsfähigkeit entsprechen, die nur unter einem falsch verstandenen, absoluten Egalitarismus anzuprangern wäre. Bevor wir uns mit der Gerechtigkeitsfrage weiter beschäftigen, sei noch ein weitgehend beachtetes und akzeptiertes Verständnis des Begriffs der Gerechtigkeit vermittelt.

In seinem Werk »Theorie der Gerechtigkeit« (1971) beschreibt J. RAWLS die fiktive Situation, in der beliebige Personen die Aufgabe haben, Prinzipien für eine menschliche Gesellschaft aufzustellen.<sup>86</sup> Diese Personen wissen nicht in welcher Position (wirtschaftliche Klasse, Beruf, Familie, Fähigkeiten, Geschlecht usw.) sie in die Gesellschaft hineingeboren werden. Auf der Grundlage eines Diskurses würden sich die Personen für zwei gerechtigkeitskonstitutive Grundsätze entscheiden: Erstens für gleiche Rechte beziehungsweise Chancen für alle und zweitens für eine Ungleichheit in der wirtschaftlichen Verteilung, sofern diese Ungleichheit für die gesamte Gesellschaft, also auch die Nichtprivilegierten, Vorteile bietet – zum Beispiel aufgrund eines durch Ungleichheit erhöhten Leistungsstrebens. Der zweite gegenüber dem ersten nachrangige Grundsatz ist

---

<sup>84</sup> Zu dieser propagandistischen Diskreditierung des Staats durch den Neoliberalismus siehe Bontrup, S. 94 ff., sowie zu den damit zusammenhängenden neoliberalen Kernforderungen nach Privatisierung und Entbürokratisierung (»Deregulierung«) weiter unten, S. 77 ff.

<sup>85</sup> Nietzsche, *Historie*, S. 319.

<sup>86</sup> Dazu und zum Folgenden Störig, S. 819 f., sowie Ulrich, *Wirtschaftsethik*, S. 268 ff.

dann durch eine staatliche Umverteilung aufzuweichen, falls sich die wirtschaftliche Lage der schlechter Gestellten nur hierdurch und eben nicht durch mehr individuelle Anstrengung verbessern lässt. Wesentliche Voraussetzungen für Verteilungsgerechtigkeit sind somit *Chancengleichheit* und ausreichende Möglichkeiten einer auskömmlichen wirtschaftlichen Betätigung – in der Regel durch Erwerbsarbeit.

Der Maßstab der individuellen Lebens- beziehungsweise Arbeitsleistung für eine gerechte Verteilung befindet sich dann in einer argen Schiefelage, falls Menschen zum Beispiel

- trotz Erwerbsarbeit keinerlei Vermögen aufbauen können (»working poor« im Niedriglohnssektor)
- sich redlich um auskömmliche Erwerbsarbeit bemühen, aber keine finden
- aufgrund einer schwierigen Kindheit und Jugend unverschuldet keinen Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen beziehungsweise allgemein zum Thema Bildung gefunden haben<sup>87</sup>
- ein Leben lang hart gearbeitet haben, ihr spärliches Vermögen im Alter verlieren und in die Altersarmut abgleiten
- Kinder alleine verantwortungsvoll und in Vollzeit aufgezogen haben und deshalb kein Vermögen aufbauen konnten
- Vermögen angehäuft haben, ohne dafür in nennenswerten Umfang im klassischen Sinne gearbeitet zu haben (»Kapitalarbeit«)
- das zehnfache bis 200fache des Durchschnittslohns »verdienen«, ohne dass dies auch nur im Entferntesten einer zehnfachen bis 200fachen Leistung eines Normalverdieners entspricht (etwa »Stars und Sternchen«, Spitzensportler und »Top Manager«)
- ihr Vermögen durch rücksichtsloses bis kriminelles Verhalten gegenüber Dritten (zum Beispiel Arbeitnehmern, Lieferanten, Kunden, Umwelt) »erarbeitet« haben
- Einkommen und Vermögen »geschickt« bis kriminell einer Besteuerung entzogen haben.

Sind dies in Deutschland zehn, zwanzig oder noch mehr Millionen Menschen? Egal, es sind bei weitem zu viele für eine zukunftsste, demokratische Gesellschaft im Allgemeinen und für eine mit hohem Gerechtigkeitsanspruch (*soziale* Marktwirtschaft) im Besonderen. Der Verfasser möchte sich auch an dieser (gesellschaftspolitisch hochbrisanten) Stelle der Verteilungsgerechtigkeit nicht in eine politische Schublade pressen lassen. Es geht mir nicht um eine Gleichmacherei im Hinblick auf Einkommen und Vermögen, sondern um eine durch *Vernunftethik* gut begründbare, das heißt sich in nach-

---

<sup>87</sup> Vgl. zur multiplen Deprivation als vielfältige Benachteiligung von Kindern (zum Beispiel durch Armut, eigene Behinderung, Bildungsarmut oder Drogenmissbrauch der Eltern) nur Wikipedia, Deprivation. Die jährlichen OECD-Bildungsberichte weisen seit Längerem aus, dass die im Sinne der Leistungsgerechtigkeit wichtige soziale Durchlässigkeit im Bildungssystem sehr eingeschränkt ist. Kinder und Jugendliche mit einem niedrigen sozioökonomischen Status besuchen erheblich seltener höhere Schulformen. Vgl. stellvertretend den 2014er Bildungsbericht des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung.

## I. Grundlagen und Fiktionen einer kapitalistischen Marktwirtschaft

vollziehbaren Grenzen befindliche Ungleichverteilung; Verteilungsexzesse sind zu vermeiden:

»Worauf es ankommt, ist, dass Luxus und Armut ausgerottet werden; Gleichheit darf nicht quantitativ gleiche Verteilung von jedem Stückchen materiellen Guts bedeuten, sondern die Abschaffung von Einkommensunterschieden, die so gewaltig sind, dass sie in den verschiedenen sozialen Schichten zu verschiedenen Lebenserfahrungen führen.«<sup>88</sup>

Und besonders dem folgenden Appell von H. DALY möchte ich mich nachdrücklich anschließen:

»Vollständige Gleichheit (von Einkommen/Vermögen) ist unfair; unbegrenzte Ungleichheit ist unfair. Strebt faire Grenzen der Ungleichheit an.«<sup>89</sup> (Klammerzusatz durch den Verfasser)

Aufgrund der Bedeutung des Themas für den sozialen Frieden können unter der vielfach verwendeten, rabulistischen Begrifflichkeit der »*Neiddebatte*« die nachfolgend dargestellten Zusammenhänge einer zunehmenden Verteilungsungleichheit nicht lapidar übergangen werden.<sup>90</sup> Die im Weiteren vorgetragenen vier Argumentationslinien müssten auf die politische Daueragenda und demokratisch ausgehandelt werden, denn solange es in solchen Fragen keine breite gesellschaftliche Annäherung gibt, kann es auch keinen Frieden mit dem kapitalistischen Prinzip geben.

### (1) Folgen zu großer Ungleichheit

Zahlreiche empirische Studien zeigen, dass wirtschaftliche Ungleichheit mit dem Grad gesellschaftlicher/sozialer Probleme korreliert. WILKINSON und PICKETT haben diese weltweiten Studien analysiert und kommen zu dem Ergebnis, dass die Lebensqualität des Menschen entscheidend von seiner soziökonomischen Stellung beeinflusst wird.<sup>91</sup> Der relative Status innerhalb einer Gesellschaft ist sowohl Triebfeder für Leistungsanstrengungen zum Erhalt oder zur Verbesserung der eigenen Position, einschließlich eines

---

<sup>88</sup> Fromm, Haben, S. 107. Armut und Luxus sind furchtbar dehnbare und relative Begriffe. Worauf es aus meiner Sicht ankäme, wäre eine gesellschaftlich auszuhandelnde Definition eines materiell genügenden Lebens und einer sich daran in einer sinnvollen, will heißen gerechten Bandbreite orientierenden Verteilung.

<sup>89</sup> Daly, S. 42. Vgl. zur Gerechtigkeitsdebatte auch das Positionspapier »Gerechtigkeit« der arbeitgebernahen »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«, in dem leider Einkommensgerechtigkeit mit dem negativ konnotierten Begriff der »Gleichmacherei« (das riecht nach Sozialismus) verwechselt wird – welch Gleichmacherei!

<sup>90</sup> »Dies als bloße Neiddebatte abtun zu wollen ist kurzsichtig und gefährlich. Denn dies ist der Stoff, aus dem gesellschaftliche Sprengsätze entstehen. Auch hierfür bietet die Geschichte reichlich Anschauungsmaterial.« Miegel, S. 184.

<sup>91</sup> Vgl. zum Folgenden Wilkinson/Pickett, S. 32 ff., oder auch das Interview mit R. Wilkinson, Mittelklasse. Und es kam, wie es kommen musste: So gut wie jede statistisch basierte wissenschaftliche Studie ist angreifbar, so auch die Metastudie von Wilkinson und Pickett. In seinem 2010 erschienenen Buch »The Spirit Level Delusion« greift C. Snowdon die statistische Qualität (unter anderem Verfälschung der Datenbasis) des Werks von Wilkinson/Pickett an. Statistische Beweisführung ist nun wirklich ein schwieriges Geschäft. Vielleicht sollte man doch ganz einfach mehr auf seinen von Empathie nicht völlig unbeseelten Menschenverstand vertrauen und sich fragen: Wie würde *ich* mich wohl als wirtschaftlich und – damit leider verbunden – gesellschaftlich Benachteiligter bis Ausgegrenzter in einer reichen Umwelt fühlen (psychologische Stabilität) und was würde/könnte ich tun, um meine Frustrationen loszuwerden?